Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Fernsprecher Nr. 926.] Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“. [Fernsprecher Nr. 926.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, **Johannisstraße Nr. 50/52,** und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich **Mk. 2.00,** monatlich **70** Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Die **Anzeigengebühr** beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum **20** Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur **10** Pfg., auswärtige Anzeigen **30** Pfg. — **Inserate** für die nächste Nummer müssen bis **9 Uhr vormittags,** größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 183. **Donnerstag, den 9. August 1906.** 13. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Der historische Materialismus.

Unter dieser Stichmarke schreibt unser holländischer Genosse Ant. Pannekoek in unserem Leipziger Parteiorgan:

Die Arbeiterbewegung hat zum geistigen Rüstzeug hauptsächlich zwei verschiedene Lehren oder Wissenschaften, die einen bestimmten proletarischen Klassencharakter tragen.

Die eine, die Nationalökonomie, lehrt die Einrichtung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung kennen und wirft dadurch zugleich ein klares Licht auf andere, vergangene oder kommende Gesellschaftsordnungen. Die andere, der historische Materialismus, lehrt uns das menschliche Denken, Wollen und Handeln aus den materiellen Lebensbedingungen heraus verstehen.

Da die verschiedenen geistigen, politischen, religiösen, kurz alle ideologischen Erscheinungen einen wesentlichen Teil bilden von dem, was wir gesellschaftliche Erscheinungen nennen, so können erst beide Wissenschaften zusammen eine vollständige Gesellschaftswissenschaft ergeben. Sie sind die Grundlagen der ganzen proletarischen Weltanschauung, jener Anschauungsweise, die sich notwendig in dem kämpfenden Proletariat entwickelt; sie bilden zusammen jene einheitliche Lehre, die wir nach ihrem Urheber den Marxismus nennen.

In dem proletarischen Klassenkampf aber spielen beide eine verschiedene Rolle. Für den Arbeiter gilt es zu allererst, den Kapitalismus als Wirtschaftsordnung zu begreifen. Er leidet täglich unter dem Elend der Ausbeutung; er fühlt, daß es so auf die Dauer nicht bleiben kann; da ist es notwendig, daß er die Ursache dieses Elends richtig erkennt. Er muß den Mechanismus der kapitalistischen Produktion durchschauen; dann wird ihm klar, woher die Zustände stammen, die für ihn so unerträglich sind; dann wird ihm — als erste herrliche Frucht des Wissens — die Gewißheit, daß dieser Zustand nicht ewig dauern wird, sondern daß in ihm schon die Elemente einer neuen besseren Ordnung enthalten sind. Er sieht die zeitweilige Berechtigung und Notwendigkeit des Kapitalismus ein, aber zugleich sieht er, wie die Arbeiterklasse ihn durch ihren Kampf aufhebt und den Sozialismus vorbereitet. Das Studium der Nationalökonomie zeigt also den Arbeitern, daß sie kämpfen müssen; es befreit sie von allen Gefühlen der Knechtseligkeit, Hoffnungslosigkeit, Gleichgültigkeit; es richtet ein herrliches Ideal vor ihnen auf und verbürgt ihnen, daß sie dies Ideal erreichen werden.

Nun kommt eine neue Aufgabe. Das Ziel ist gesteckt, der Feind ist bekannt; wie aber sollen wir den Kampf führen? Wir können ja doch nicht einfach alle Kapitalisten aus ihren Besitztümern vertreiben; wollte eine unerfahrene, unwissende Arbeiterklasse diesen Versuch anstellen, sie würde bald eines Besseren belehrt werden. Wir stehen inmitten zahlreicher, gesellschaftlicher Einrichtungen, die unseren Kampf bestimmen, ihn bald fördern helfen und bald hemmen, da gilt es, alle diese Einrichtungen, die Marx den ideologischen Ueberbau nennt, richtig zu begreifen, und hierzu hilft uns der historische Materialismus.

Da haben wir zu allererst den Staat: wir müssen den politischen Kampf führen. Oder wir müssen ihn vielleicht nicht führen, wie die Anarchisten sagen? Um ihn aber wirksam führen zu können, müssen wir den Zusammenhang zwischen den ökonomischen und den politischen Tatsachen richtig verstehen. Wenn die Bourgeoisie auf politischem Gebiete dieses oder jenes tut, so müssen wir sie gleichsam bis ins Mark ihres Gewissens durchschauen; wir müssen alle ihre Beweggründe sogar besser begreifen, als sie selbst. Wenn sie Sozialreformen einführt oder Sozialreformer wieder einstellt — weshalb tut sie das? Wenn sie irgendwo eine demokratische Regierung einsetzt, streckt sie dann die Waffen vor dem Volk, um eine friedliche Entwickelung zum Sozialismus vorzubereiten, oder schmiedet sie sich vielmehr eine neue Waffe, um unsere Reihen zu verwirren? Um solche Fragen handelt es sich bei fast allen Streitigkeiten über Taktik; sie können nur richtig beantwortet werden, wenn der historische Materialismus den Zusammenhang zwischen den geistigen und den materiellen Erscheinungen aufklärt.

Eine andere Reihe ähnlicher Streitfragen entsteht, wo ideologische Mächte unseren Fortschritt zu hindern suchen. Die bedeutendste Rolle dabei spielt die Religion. Um diese Rolle richtig zu verstehen, ist wieder der historische Materialismus notwendig, der Ursprung und Wesen der Religion beleuchtet. Sollen wir sie bekämpfen, als sei sie das Grundübel der Gesellschaft? Oder sollen wir sie vielmehr in unsern Dienst zu stellen suchen? Wenn die Sozialdemokratie trotz einiger abweichenden Auffassungen der Religion gegenüber eine bestimmte, unzweideutige Stellung genommen hat, so ist dies nur dem historischen Materialismus zu danken, der ihr das Woher und das Warum aller geistigen Erscheinungen klar macht.

Es ist überflüssig, noch andere Beispiele dafür anzuziehen, wie notwendig für die Praxis unseres Kampfes, bei dem wir mit allerhand ideologischen Erscheinungen der Gesellschaft zu tun haben, der historische Materialismus ist. Er zeigt den sozialistischen Kämpfern den Weg, den sie marschieren müssen. Da die ideologischen Erscheinungen, namentlich die politischen, im Laufe des Kampfes sich fortwährend ändern, so kann man fertige Resultate der Erklärung hauptsächlich nur als Beispiele der Methode benutzen. Der historische Materialismus ist als Erklärungsweise der gesellschaftlichen Verhältnisse vor allem eine Methode des Begreifens. Diese Methode schließt aber zugleich positive Wissenschaft ein über das Verhältnis, das im allgemeinen zwischen den geistigen und den materiellen Erscheinungen besteht; sie ist somit wirklich eine Wissenschaft des menschlichen Geistes zu nennen.

Die Nationalökonomie und der historische Materialismus spielen also in der Entwicklung der Arbeiterbewegung eine verschiedene Rolle. Im Anfange, wo es gilt, die Arbeiterklasse aufzurütteln und zum Kampfe anzustacheln, ist vor allem die Oekonomie nötig. Und in diesem Sinne bedürfen wir ihrer noch immer, da wir unaufhörlich neue ungeschulte Massen heranziehen und auch den heranwachsenden Arbeitergenerationen, die schon sozialistisch gesinnt sind, ein klares Verständnis für das Warum beibringen müssen. Insoweit kann man sagen, daß Kenntnis der marxistischen Oekonomie für jeden unserer Agitatoren und Journalisten so nötig ist, wie Lesen, Rechnen und Schreiben.

Nunmehr aber, wo schon Hunderttausende und Millionen sich zum proletarischen Kampfe zusammengeschlossen haben, tritt der historische Materialismus an die erste Stelle. Das Heer, das nicht mehr gesammelt zu werden braucht, sondern schon zur Schlacht aufmarschiert ist, kümmert weniger die Frage: Weshalb sind wir Sozialdemokraten? als die andere Frage: Wie müssen wir den Feind bekämpfen? Die Taktik, die Kampfesmethode steht allen andern Fragen voran. Nehmen wir zum Beispiel den Massenstreik! Sollen wir ihn sofort versuchen, oder vielleicht nie anwenden? Oder unter welchen Umständen? Diese Fragen können nur richtig beantwortet werden, wenn man die Geistesverfassung der Bourgeoisie wie des Proletariats richtig einzuschätzen weiß. Sobald eine Periode anbricht, wo in revolutionären Kämpfen entscheidende Schlachten geschlagen werden sollen, da tritt die Oekonomie hinter die Politik, die Propaganda hinter die Taktik zurück. Darum wächst immer mehr die Wichtigkeit der Lehre, die den Zusammenhang zwischen dem menschlichen Denken und Handeln auf der einen, und der ökonomischen Entwicklung auf der andern Seite erläutert.

Die Praxis bestätigt dies auch in der Weise, daß im letzten Jahrzehnt sehr wenig, und nur beiläufig, theoretische Kämpfe über nationalökonomische Fragen innerhalb der Partei geführt worden sind. Die Wert- und Mehrwertlehre von Marx bleibt unangefochten, und wo eine abweichende Meinung laut wird oder ein unvollständiges Wissen von ihr besteht, wird darin kein schwerer Schaden erblickt. Dagegen bewegen sich die meisten theoretischen Kämpfe innerhalb der Partei um den historischen Materialismus. Der Mangel an einheitlichem und klarem Verständnis auf diesem Gebiete wird am schwersten als Hemmnis der Bewegung empfunden; auf ihn gehen in letzter Instanz die Streitigkeiten zurück, die seit Jahren über die Taktik der Partei geführt worden sind.

So ist dann auch der Ruf nach besserer theoretischer Durchbildung zu verstehen und zu begrüßen, der in letzter Zeit immer lauter geworden ist und nun zur Gründung einer Parteischule geführt hat. Nicht auf eine zufällige zeitweilige Laune weist er hin, sondern auf ein wirkliches bleibendes Bedürfnis. Ein Bedürfnis nicht nach allerhand speziellen Tatsachenkenntnissen — wie wichtig diese auch sind —, sondern in erster Linie nach gründlicher marxistischer, d. h. namentlich historisch-materialistischer Durchbildung. Daher kann man ruhig sagen, daß die neue Schule ihren Zweck verfehlen würde, wenn statt des strengen Systems des historischen Materialismus die Systemlosigkeit den Leitfaden des sozialistischen Denkens innerhalb derselben abgeben soll.

Wir sind mit der glorreichen russischen Revolution in eine neue Periode unseres Befreiungskampfes eingetreten; neue politische Verhältnisse können sich entwickeln, die es gilt, richtig zu beurteilen; neue Situationen werden uns vielleicht zu neuen Streitwaffen, zu Abänderungen unserer bisherigen Kampfesmethode nötigen. Da kommt man mit den traditionellen Normen nicht aus; um hier immer das richtige zu treffen, werden mehr als gewöhnliche Anforderungen an die Einsicht und den Weitblick der proletarischen Massen gestellt, und die kann ihnen nur ein allgemeines gründliches Verständnis des historischen Materialismus verschaffen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Wilhelm II. empfindet Reue? Die „Deutsche Tagesztg.“ schreibt am Schlusse eines Artikels: „Wie der Kaiser spricht“ folgendes: „Daß der Kaiser selbst wohl weiß, wie nahe die Gefahr liegt, im freien Wort die Grenze des Gewollten zu überschreiten, das bezeugt ein Ausspruch von ihm, der ihn vielen in einem anderen Lichte zeigen mag, als sie ihn zu sehen gewöhnt sind. Es war vor wenigen Jahren auf dem Sommerschlosse eines mitteldeutschen Bundesfürsten, des Abends nach der Tafel, und die Runde der Anwesenden beim Glase Bier und der Zigarre war ganz klein. Irgendwie kam die Unterhaltung auf philosophische Themata allgemeiner Art — und man sprach von dem Gefühl der Reue. Da sagte der Kaiser, der an der Konversation in der ungezwungensten Weise teilnahm: auch ihm sei die Empfindung der Reue nicht fremd, und manchmal habe ihm schon das Bewußtsein schlaflose nächtliche Stunden bereitet, in einer des Tages gehaltenen Rede nicht das Maß des Inhaltes und des Ausdrucks gewahrt zu haben, das er sich zuvor gesetzt hatte.“ — Kommentar überflüssig!

Rinteln-Hofgeismar. Am Sonnabend hat die Stichwahl in Rinteln-Hofgeismar stattgefunden. Nach den letzten Wahlziffern würde der Deutschsoziale Herzog mit etwa 9100 Stimmen über seinen sozialdemokratischen Gegner, Genossen Vetterlein, der nur 4500 Stimmen erhalten hat, gesiegt haben, also mit ganz erheblicher Mehrheit. Bei der Hauptwahl erhielt Bürgermeister Herzog 6318, der Reformparteiler Helmerich 1882, Genosse Vetterlein 3995, der Nationalliberale Dr. Rocke 1189 und der Freisinnige 937 Stimmen. Die in der Stichwahl ausgefallenen bürgerlichen Parteien erzielten 4008 Stimmen. Von diesen 4000 Stimmen sind rund 3000 auf den antisemitischen Bürgermeister Herzog übergegangen, 500 in der Hauptsache wohl freisinnige Stimmen sind den Sozialdemokraten zugefallen, während 500 Wähler sich der Stimmabgabe enthalten haben. Die Nationalliberalen haben Mann für Mann für den Antisemiten gestimmt. Bei der Stichwahl im Jahre 1903 siegte Graf Reventlow mit 9542 Stimmen über unsern Genossen Vetterlein, der nur 4030 Stimmen erzielte. Nach den bis jetzt über die Stichwahl vorliegenden Ziffern wäre Herzog um einige Hundert Stimmen hinter denen zurückgeblieben, die 1903 Graf Reventlow erhielt; die sozialdemokratischen Stimmen, die schon bei der Hauptwahl gegen 1903 um über 500 zugenommen haben, sind diesmal wiederum um 500 Stimmen gewachsen. Der Ausfall der Stichwahl hat also dieselbe Erscheinung bestätigt, die bei allen Wahlen der letzten Zeit wahrgenommen worden ist: den Zug nach links. Die Verschiebung nach links ist allerdings diesmal nicht bedeutend, zieht man jedoch die Verhältnisse des Kreises in Betracht, so dürfen wir auch mit dem Ausfall dieser Wahl wohl zufrieden sein. Nach der Hauptwahl wurde gemeldet, daß sowohl die nationalliberale als auch die freisinnige Parteileitung beschlossen habe, ihren Wählern zu empfehlen, in der Stichwahl für den Sozialdemokraten einzutreten. Die nationalliberale Presse war über diesen Beschluß ganz entsetzt und bezeichnete ihn einmütig als verfehlt. Sie hatte sich indes vergeblich in Unkosten gestürzt, denn das nationalliberale Wahlkomitee hatte gar keine derartige Wahlparole ausgegeben. Auch die Freisinnigen ließen die Meldung, daß sie beschlossen hätten, für Vetterlein einzutreten, dementieren; sie wollten vielmehr die Entscheidung den Wählern freigestellt haben. Gleichwohl hat, wie gesagt, wenigstens ein Teil der Freisinnigen sich für den Sozialdemokraten entschieden und damit die Parteileitung desavouiert. Jedenfalls war die Angstmeierei der bürgerlichen Presse, daß durch die angebliche Aufforderung der nationalliberalen und freisinnigen Wahlkomitees der Wahlkreis Rinteln-Hofgeismar an die Sozialdemokratie übergehen könnte, ganz unbegründet. Selbst wenn tatsächlich von den Komitees der Nationalliberalen und Freisinnigen die Losung erlassen worden wäre, den Sozialdemokraten zu wählen und die nationalliberalen und freisinnigen Wähler dieser Parole gefolgt wären, hätte unser Genosse immer noch nicht so viel Stimmen erhalten, wie der Bürgermeister Herzog erhalten hat, dem obendrein noch die 1900 Stimmen sicher waren, die auf den gesinnungsverwandten Reformparteiler Helmerich entfallen waren. — Nach amtlicher Feststellung wurden bei der Reichstagsersatzwahl insgesamt 13 596 Stimmen abgegeben. Hiervon entfielen auf Herzog, Bürgermeister von Obernkirchen, (deutsch-sozial 9098 und auf Vetterlein, Stadtverordneten in Helmershausen, (Sozialdemokrat) 4498 Stimmen. Ersterer ist somit gewählt.

Pod will sich herauswickeln. Im Berliner „Lokalanzeiger“ wird ein Telegramm veröffentlicht, nach welchem der Oberschweinezüchter Podbielski, um ganz korrekt zu verfahren, im Jahre 1900 an Stelle der Gütergemeinschaft mit seiner Frau auf dem Amtsgericht in Berlin die Gütertrennung eintragen lassen. — Durch solche rein formalen Sachen kann Pod nicht mehr aus dem — Kolonialsumpf herausgezogen werden.

Großartig! Die Regierung hat beschlossen, den oberschlesischen Industrieverwaltungen künftighin von dem Kontingent der eingeführten russischen Schweine 625 zu überlassen. Sie knüpft daran, wie die „Deutsche Fleischer-Zeitung“ mitteilt, die Bedingung, daß das Fleisch auch an

andere Konsumenten zu keinem höheren Preise überlassen werden darf, als sie die Arbeiter bezahlen. — Wenn nun bloß nicht die gesamte deutsche Landwirtschaft, soweit sie im Bunde der Landwirte organisiert ist, Bankrott macht!

In der Sensationsaffäre des Kammerfräuleins Milewska ist in diesen Tagen eine Entscheidung des Kaisers erfolgt. Gemäß § 251 der Kriminalordnung vom 11. Dez. 1805 (!!) hatte das Kammerfräulein, um nicht mit ihrer Klage kostenpflichtig abgewiesen zu werden, eine Eingabe an den Kaiser zu richten, worin dieser seine Ermächtigung zum Einschreiten gegen den Herzog Ernst Günther von Schleswig-Holstein gab. Auf dieses Schreiben ist aus dem Justizministerium die Antwort eingetroffen, daß der Kaiser die Genehmigung zur Strafverfolgung seines Schwagers, des Herzogs, abgelehnt hat. Frl. Milewska will nun einen Entscheid des Oberlandesgerichts dahin herbeiführen, ob jene alte Kriminalordnung für diesen Fall rechtsgültig ist.

Immer größere Panzerkähne. Die Konstruktion der neuen Schiffsgattungen unserer Flotte, der Panzerschiffe und Panzerkreuzer von erheblich vergrößertem Deplazement, ist jetzt so weit gefördert, daß nähere Angaben möglich werden. Die Wasserverdrängung der Linienschiffe wird nicht nur 18000 Tonnen, wie man bisher annahm, sondern gegen 19000 Tonnen betragen. Die Schiffe werden daher an Deplazement fast doppelt so groß werden wie die Panzer vom „Brandenburg"-Typ, die man noch in der ersten Hälfte der neunziger Jahre auf Stapel legte. Der Besatzungsetat ist auf 860 Köpfe für jeden Panzer festgesetzt, das heißt 128 Mann mehr als bei den Linienschiffen der „Braunschweig"- und „Deutschland"-Klasse; an Offizieren werden sie 28, an Mannschaften 832 erfordern. — So weit die Meldung eines bürgerlichen Blattes. Interessant wäre es gewesen, zu erfahren, um welchen Betrag sich durch die Erhöhung des Deplazements um weitere 1000 Tonnen die Baukosten usw. erhöhen! Sicherlich um diverse Millionen! Der bewilligte Flottenplan dürfte also bereits überschritten werden! Der Bau immer kolossalerer Riesenpanzer ist um so unvorsichtiger, als die französischen Unterseeboote den Wert der Panzerkolosse höchst fraglich gemacht haben sollen. Es wäre gar nicht ausgeschlossen, daß nach ein paar Jahren diese 40 Millionen Schiffe nur noch den Wert alten Eisens besäßen!

Im Reichstagswahlkreis Döbeln ist von einer Parteiversammlung Genosse Pinkau-Leipzig mit 377 gegen 14 Stimmen, die auf Genossen Fleißner-Dresden entfielen, als sozialdemokratischer Kandidat nominiert worden.

Fußangel. Das ultramontane „Westfälische Volksblatt" fordert die Zentrumsfraktion auf, angesichts der Vorgänge in Hagen-Schwelm den Abg. Fusangel aus dem Fraktionsverbande auszuschließen; das Maß sei zum Ueberlaufen voll, das Hagener Intriguenspiel reiche allein vollständig aus, um einen so gefährlichen Schädling aus der Partei mit Schimpf und Schande für immer zu entfernen. Der „Westfälische Merkur", das größte westfälische Zentrumsblatt, macht diese Forderungen zu den seinen. Ebenso hat sich schon vor einigen Tagen die ultramontane Dortmunder „Tremonia" ausgesprochen. — Wir zweifeln sehr daran, daß der „rote Hannes", der auch früher schon bei Stichwahlen seiner Partei allerlei Verlegenheiten bereitet hat, aus der Fraktion ausgeschlossen werden wird; der persönlich übrigens recht anrüchige Herr, der einst durch sein mehr als eigenartiges Verhalten im Schienenflickerprozeß und neuerdings durch seine, des mehrfachen Millionärs, seltsamen Offenbarungseidgeschichten viel von sich reden machte, weiß viel zu viel Zentrumsinterna, als daß man ihn so leicht „fliegen" ließe.

Der Kampf gegen die Fahrkartensteuer. Reizende, für das reisende Publikum nicht gerade unerwünschte Blüten treibt die seit dem 1. d. Mts. in Kraft getretene Fahrkartensteuer. Wie bei jeder Verkehrssteuer, so hat man sich im Lande sowohl auf seiten der Passagiere wie der Verkehrsunternehmungen besonders bei dieser im höchsten Grade unpopulären Kopfsteuer emsig bemüht, dem Fiskus ein Schnippchen zu schlagen. So haben zum Beispiel die Sächsisch-Böhmische Dampfschiffahrtsgesellschaft wie zahlreiche den unterelbischen Passagierverkehr vermittelnde Reedereien in Hamburg den bisher auf 60 Pfg. normierten Fahrpreis — mit diesem Betrage beginnt bekanntlich die Steuererhebung — auf 59 Pfennig ermäßigt. Andere Gesellschaften, die für ihren Passagierdampferverkehr Retourbillets ausgeben, haben das für das Publikum äußerst einfache Mittel erfunden, für das bisher ausgegebene Retourbillett zwei Fahrkarten zur Hälfte des bisherigen Gesamtpreises ausgegeben. Bis zum Zusammentritt des Reichstages im November wird der Verkehr wohl noch die schönsten Kuriosa ausfindig machen, um weniger absichtlich den Steuerfiskus zu schädigen, als sich gegen eine durch Einführung der Fahrkartensteuer drohende Beeinträchtigung des Verkehrs zu schützen. Dem reisenden Publikum kann das natürlich nur höchst willkommen sein. Im übrigen beweist diese Entwickelung wieder die alte, von uns oft betonte Wahrheit, daß eine Hebung des Verkehrs und damit des Gewinnes am besten durch eine Ermäßigung der Preise erzielt wird. Die der Steuer feindlichen Parteien sollten sich daher entschließen, in den Einzellandtagen Anträge auf Tarifherabsetzungen zu stellen, um so die Fahrkartensteuer in ihrer Wirksamkeit möglichst einzuschränken und doch durch eine Hebung des Verkehrs den Einzelstaaten und damit auch dem Reiche indirekt einen Ersatz für den dadurch entstehenden Ausfall zu verschaffen.

Die notleidende Landwirtschaft muß doch nicht so unrentabel sein. Die „Köln. Ztg.", die für den Brotwucher kräftig eintrat, sagt jetzt in einem Artikel über die Verhältnisse in Posen: „Der deutsche Großgrundbesitzer — und in steigendem Maße auch der Großbauer — im Osten betrachtet seinen Besitz fast noch noch als mobiles Eigentum. Man kennt im Osten viele „Agrarier", die acht bis zehn Jahre selbständige Landwirte sind, in dieser Zeit vielleicht drei Güter kaufen und verkaufen und dann als Rentner ein gemächliches Leben führen, weil sie sich in dieser Zeit ein Vermögen von 100000 bis 200000 Mk. erwerben konnten. — Das sind eben die Leute, denen die „nationale Politik" nützt, während sie die Masse des Volkes aussaugt.

In eine charakteristische Beleuchtung wird die deutsche Agrarpolitik durch die statistischen Mitteilungen gerückt, die sich in dem soeben fertig gestellten Jahresbericht der Zittauer Handelskammer für 1905 über die zollfreie Einfuhr kleinerer Fleischmengen aus dem benachbarten Böhmen vorfinden. Während nach einem Bericht des Zittauer Korrespondenten des „Berl. Tagebl." im Jahre 1904 noch ein Rückgang bezüglich der zollfreien Fleischeinfuhr von 16618 Kilogramm verzeichnet werden konnte, ist im Jahre 1905 die Einfuhr um 33691 Kilogramm gestiegen; sie betrug 68650 Kilogramm gegen 34959 Kilogramm im Vorjahre. Mithin ist die Steigerung der Einfuhr im Jahre 1905 beinahe ebenso groß wie die gesamte Einfuhr im Jahre 1904. Mit der Einfuhrziffer von 68650 Kilogramm wird das Berichtsjahr seit dem Jahre 1895 nur von einem Jahre, nämlich 1902 mit 74547 Kilogramm übertroffen; in den meisten der übrigen Jahre war die Gesamteinfuhr kleiner, als im Jahre 1905 die Steigerung betrug.

Kleinstaat und Großmacht. Aus Sofia wird der „Leipz. Volksztg." gemeldet, daß unsre bulgarischen Genossen unter Mitwirkung des russischen Schriftstellers Koljabko-Koretzky eine Protestversammlung einberiefen, die der russischen freiheitlichen Bewegung ihre Sympathien ausdrückte. Der offizielle Vertreter Rußlands reichte darüber bei der bulgarischen Regierung einen schriftlichen Protest ein und fragte, welche Maßregeln sie ergreifen werde, damit sich solche Vorgänge nicht wiederholten. Die Regierung antwortete, daß sie keinerlei Maßregeln ergreifen werde, denn die Verfassung garantiere die vollste Versammlungsfreiheit. — So handelt die Regierung eines kleinen, von der russischen Regierung stark abhängigen Balkanstaats. Die Regierung des großmächtigen Deutschen Reiches aber weist russische Flüchtlinge als Schnorrer und Verschwörer aus und leckt des Henkerzaren blut- und schmutztriefende Stiefel!

Rußland.

Keine Massenhinrichtung. Die Meldung, in Kronstadt seien 300 Rädelsführer des letzten Aufstandes vom Kriegsgericht zum Tode verurteilt und bereits hingerichtet worden, ist, wie die Petersburger Telegraphen-Agentur erklärt, ganz unbegründet. Die Untersuchung ist noch nicht beendet.

Ein kecker Streich ist in Sebastopol ausgeführt worden. In der Nacht zum 5. August klopfte ein Unbekannter an den Haupteingang des Militärgerichtsgebäudes, worin das Kriegsgericht seine Sitzungen abhält, das im Mittelpunkt der Stadt belegen ist. Auf die Frage des Pförtners, wer da sei, antworteten die Leute, sie brächten ein Telegramm für den Präsidenten des Kriegsgerichtshofes. Als nun der Pförtner öffnete, stürzten sich drei Männer auf ihn, banden ihn und verbanden ihm die Augen und ließen ihn unter Bewachung im Vorzimmer zurück. Darauf gingen sie in die Kanzlei, direkt an den Schrank, worin die Aktenstücke, betreffend die Flottenmeutereien, aufbewahrt wurden, die zwanzig dicke Bände umfassen. Von diesen nahmen sie achtzehn fort, unter ihnen auch die Dokumente, betreffend den Leutnant Schmidt, und entfernten sich dann unerkannt.

Ein Sympathiestreik. Montag sind in Rostow a. D. sämtliche Hafenarbeiter in den Ausstand getreten. Sie stellen keinerlei Forderungen. Der Zweck des Ausstandes ist ausschließlich die Unterstützung der Schiffsmannschaften.

Der Generalstreik in Moskau soll nach offiziösen Meldungen als mißlungen zu betrachten sein. Eine Bestätigung bleibt abzuwarten.

Abwarten! Aus Petersburg wird berichtet: Stolypin, überzeugt, daß eine frühere Einberufung der Duma notwendig ist, versucht augenblicklich, den Zaren zu bewegen, die Duma für den 1. September d. J. (a. St.) einzuberufen.

Gerichtet. Aus Odessa wird gemeldet, daß ein Polizeibeamter von Anarchisten überfallen wurde, weil er Anarchisten nachgespürt hatte. Er wurde von ihnen tot geschlagen. Seine Tasche, die eine Namensliste bekannter Anarchisten enthielt, wurde ihm abgenommen. Von den Tätern wurde niemand verhaftet.

Schweiz.

Eine Zuchthausvorlage. Aus Zürich wird dem „Vorwärts" geschrieben: Das verbündete Ausbeutertum im Kanton Zürich schreckt vor keiner Schandtat mehr zurück. Nun haben die städtischen Bourgeois und Schlotjunker mit den Dorfmatadoren in allen 11 Bezirken des Kantons zusammen durch ein Initiativkomitee ein Initiativbegehren zur Abänderung des Züricher Strafgesetzes ausarbeiten lassen, das nichts anderes als eine Zuchthausvorlage zur Erwürgung des Koalitions- bezw. Streikrechts der Arbeiterschaft ist. Die nötigen 5000 Unterschriften werden natürlich schnell beisammen sein; vielleicht werden auch 20000 und 30000 aufgebracht, denn alles, was direkt oder indirekt von der Ausbeutung der Arbeiter lebt und schwelgt, ist einfach wütend darüber, daß sie sich organisieren, kürzere Arbeitszeit und höhere Löhne fordern und auch als Menschen leben wollen. Dieses „freche Unterfangen" wollen die Biedermänner für die Zukunft unmöglich machen und darum schlagen sie folgende Ergänzung des Strafgesetzes vor. § 79a. Wer öffentlich vor einer Versammlung oder in einem Verein, oder wer durch Verbreitung, öffentlichen Anschlag oder öffentliche Ausstellung von Schriften oder anderen Darstellungen zum Ungehorsam gegen Gesetze auffordert, wird mit Buße bis zu 500 Franken oder Gefängnis bis zu einem Jahr bestraft. Ist ein Erfolg eingetreten, so muß Gefängnis verhängt werden. § 79b. Wer auf die vorbezeichnete Weise zur Begehung einer strafbaren Handlung auffordert, ist gleich dem Anstifter zu bestrafen, wenn die Aufforderung die strafbare Handlung oder einen strafbaren Versuch derselben zur Folge gehabt hat. § 86a. Arbeiter und Angestellte von Unternehmungen und Betrieben des Staates oder der Gemeinden, welche den Arbeitsvertrag vorsätzlich brechen und dadurch Gefahr für Leib und Leben von Personen oder für wertvolles öffentliches oder privates Eigentum herbeiführen, werden, auch wenn dadurch kein schwereres Vergehen begangen wurde, wegen Verletzung der Vertragstreue mit Gefängnis, in gelinden Fällen mit Buße bestraft, womit für Ausländer Verweisung bis zu fünf Jahren verbunden wird. § 87 (Abänderung). Wer in die Wohnung, den Geschäftsraum, Werkplatz eines anderen oder in die dazu gehörende eingefriedete Umgebung widerrechtlich eindringt oder einschleicht, oder trotz der Aufforderung, sich zu entfernen, darin verweilt, oder wer an solchen Orten Gewalt an Personen oder Eigentum, ohne dazu berechtigt zu sein, ausübt, wird wegen Störung des Hausfriedens mit Gefängnis oder Buße bestraft. § 87a. Wenn sich eine Mehrzahl von Menschen zusammenrottet, mit der Absicht, Gewalttätigkeiten gegen Personen oder Sachen mit vereinten Kräften zu begehen, oder in Geschäftsräume, Werkplätze, Wohnungen oder das befriedete Besitztum anderer oder in abgeschlossene öffentliche Räume oder Gebäude einzudringen, so wird jeder Teilnehmer, wenn es bei der bloßen Absicht geblieben ist, mit Buße oder Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft. Sind dabei gegen Personen oder Sachen Gewalttätigkeiten verübt worden, so ist jeder Teilnehmer mit Gefängnis nicht unter einem Monat zu bestrafen; die Rädelsführer und diejenigen, welche nachweisbar eine Eigentumsschädigung, Körperverletzung oder ein anderes Vergehen verübt haben, sind in Konkurrenz mit diesem speziellen Vergehen zu bestrafen und zwar mit Gefängnis nicht unter drei Monaten. § 87b. Wer in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Klassen der Bevölkerung öffentlich oder in Versammlungen oder durch Publikation (Druckschriften, Anschläge, Inschriften und dergleichen) zu Gewalttätigkeiten gegen einander anreizt, wird mit Buße bis zu 500 Fr. oder mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft. § 154a. Wer rechtswidrig jemanden durch Anwendung von Zwang, Drohung oder Beleidigung zur Einstellung der Arbeit, zum Vertragsbruch oder zum Eintritt in Vereine oder Organisationen bestimmt oder zu bestimmen versucht, oder jemanden auf die vorgenannte Weise von der Arbeit oder vom Rücktritt von solchen Vereinigungen abhält oder abzuhalten versucht, wird mit Gefängnis bestraft. § 154b. Wer versucht, Arbeiter oder Arbeitgeber durch Zwang, Drohung oder Beleidigung von der Arbeit abzuhalten, abzumahnen oder zu stören, ihnen abpaßt, sie gegen ihren Willen begleitet oder sonst belästigt, wird wegen Verletzung der persönlichen Freiheit mit Buße oder Gefängnis bestraft. Desselben Vergehens macht sich schuldig, wer zu diesem Zwecke Geschäfts- und Arbeitslokalitäten, Bau- oder Werkplätze oder Wohnungen umstellt. Wurden dabei Tätlichkeiten verübt, so trifft die Täter und Rädelsführer Gefängnis nicht unter zwei Monaten, insofern die Tat nicht zugleich unter eine schwerere Strafbestimmung fällt. — Das ist russisch — ganze Arbeit. Die Vorlage übertrifft fast noch die 1899 verscharrte deutsche Zuchthausvorlage, von der sie sich einzig dadurch unterscheidet, daß sie nicht direkt das Wort Zuchthaus enthält. Die Vorlage bedeutet die Abschaffung des Koalitionsrechts, des Streikrechts, des Streikpostenstehens der Arbeiter, sie macht die ganze Arbeit, sie ist das unverfälschte Produkt des wegen der Gefährdung seines Profits wütend gewordenen und zu allem fähigen bornierten schweizerischen Bourgois. Was er da will, ist die Abschaffung der Menschenrechte für die Arbeiterklasse, ist die Proklamation der Revolution. Die Aufrüttelung aller Arbeiter und eine ungeahnte Stärkung der Arbeiterbewegung wird und muß die Folge sein.

Lübeck und Nachbargebiete.

Mittwoch, den 8 August.

Zuzug von Holzarbeitern aller Branchen nach Lübeck ist streng fernzuhalten.

Wegen Massregelung von Verbandsmitgliedern ist der Boykott über die Thüringer Wurstfabrik von Aug. Scheere verhängt worden. Arbeiter, denkt daran!

Achtung, Flußschiffer! Ueber den Betrieb von A. Holst Wwe. ist die Sperre verhängt.

Der Großherzog von Mecklenburg-Strelitz war gestern mit seiner Frau in Lübeck zu Besuch. Es gab viele Neugierige, die den Großherzog als einen ganz besonderen Menschen betrachteten und für die Hemmung des Verkehrs sorgten. Dagegen hatten die Schutzleute natürlich nichts einzuwenden. Nachdem die Wälle befahren — der Stadtgraben spendete dazu die nötigen Wohlgerüche —, einige Kirchen besichtigt und im Rathause gut gespeist war, erfolgte um 5.50 Uhr die Abreise nach Neustrelitz. Der Zug hatte 20 Minuten Verspätung, dieweil man nicht früher mit dem Essen fertig war. Die bürgerliche Presse hat natürlich die Gelegenheit benutzt, um spaltenlange Berichte zu schreiben.

Der Kapellmeister a. D. August Lindemann ist am Montag im Alter von 67 Jahren gestorben. L. war eine in weiten Kreisen Lübecks bekannte Persönlichkeit und leitete lange Jahre die Bataillonsmusik. Nachdem er kurze Zeit Dirigent der Regimentskapelle der 162er gewesen war, wurde er im Jahre 1898 pensioniert.

Wirt und Mieter. Ist der Rücktritt des Mieters vor dem Beginn der Mietzeit infolge Nichterfüllung des Vertrages durch den Vermieter zulässig? Diese Frage, die von dem Laien in der Regel verneint werden dürfte, da er sich nicht wird denken können, wie vor Beginn einer Vertragsleistung eine Nichterfüllung überhaupt möglich wäre, hat das Oberlandesgericht Braunschweig vor kurzem bejaht. Die Entscheidung ist wegen ihrer aus Nachstehendem leicht ersichtlichen Folgen ohne Zweifel von größter Bedeutung für alle Vermieter und daher für diese höchst beachtenswert — als Warnung! Ein Mieter hatte zum 1. Oktober mehrere Räume gemietet, mit der Bestimmung, daß der Vermieter sie rechtzeitig instand zu setzen habe. Im September fragte der Mieter an, ob er auf eine prompte Fertigstellung der Wohnung zum 1. Oktober rechnen dürfe, andernfalls dieselbe für ihn wertlos sei. Als der Vermieter — allerdings höchst fahrlässigerweise — diesen Brief nicht beantwortete, versah sich der Mieter mit einer anderen Wohnung und weigerte sich, den ersten Mietvertrag zu erfüllen. Die Klage des Vermieters auf Erfüllung desselben wurde, wie schon bemerkt, in letzter Instanz abgewiesen. Das genannte Oberlandesgericht begründet seine Entscheidung in folgender Weise: Der Fall, ob ein Mieter vor Beginn des Mietsverhältnisses von dem Vertrage zurücktreten dürfen, weil der Vermieter mit seinen vertragsmäßigen Leistungen in Verzug

geraten sei, sei in den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches über die Miete nicht geregelt, weshalb die allgemeinen Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches über den Verzug bei gegenseitigen Verträgen anzuwenden seien. In der Rechtsprechung sei der Grundsatz zur Geltung gelangt, daß, wenn eine Partei im voraus sich weigere, ihre Verpflichtungen zu erfüllen, der andere Teil berechtigt sei, sich von dem Vertrage schon vor dem tatsächlichen Eintritt des Erfüllungsverzuges des Gegners loszusagen. Diesen Grundsatz auf Mietverhältnisse anzuwenden, habe um so weniger Bedenken, als dem Mieter, wenn sich der Vermieter vor Beginn des Mietverhältnisses geweigert habe, ihm die Wohnung rechtzeitig vertragsgemäß herzurichten, nicht zugemutet werden könne, den Zeitpunkt des Beginns der Mietzeit erst abzuwarten, um sich dann vor die Alternative versetzt zu sehen, entweder eine unfertige Wohnung zu beziehen oder erst jetzt zu ungeeigneter Zeit unter Ausübung des Rücktrittsrechtes für eine andere Wohnung Sorge zu tragen. Im vorliegenden Falle handle es sich um Instandsetzungsarbeiten, zu deren Herstellung bis zum 1. Oktober der Kläger gemäß der gesetzlichen Vorschriften, dem Beklagten die Wohnung in einem zu dem vertragsmäßigen Gebrauch geeigneten Zustande zu überlassen, verpflichtet war. Er gebe auch selbst diese Verpflichtung zu durch das Geständnis, versprochen zu haben, die Wohnung bis zum 1. Oktober gehörig instand zu setzen. Wenn nun der Beklagte im Schreiben vom 2. September eine Antwort vom Kläger verlange, auf die Frage, ob er die bezeichneten Arbeiten bis zum 1. Oktober herrichten könne, dieser sich aber schweigend verhalte, so durfte der Mieter das Verhalten des Vermieters als eine Weigerung, seine Verpflichtung zu erfüllen, um so mehr auslegen, als in dem Schreiben diese Folgerung bereits in Aussicht gestellt und für diesen Fall das Mieten einer andern Wohnung angekündigt war. Ueber diese Erklärung konnte sich der Kläger als eine leere Drohung nicht hinwegsetzen, er mußte vielmehr damit rechnen, daß der Beklagte die Androhung, eine andere Wohnung zu mieten, ausführen würde. Er habe aber nicht nur das Schreiben vom 2. September unbeantwortet gelassen, sondern auch auf ein späteres Schreiben vom 7. September, worin der Beklagte die obige Folgerung zieht, und seinen Entschluß, eine andere Wohnung zu mieten, kundgibt, eine Antwort nicht erteilt. Nach dem oben mitgeteilten Grundsatz der Rechtsprechung über ausdrücklich oder stillschweigend erklärte Absicht späteren Verzuges habe der Vermieter durch sein Verhalten dem Mieter berechtigten Grund gegeben, von dem Mietvertrage, ohne daß er den Zeitpunkt des Beginns des Mietverhältnisses abzuwarten brauchte, zurückzutreten. Ob diese Entscheidung logisch unanfechtbar erscheint und andere Oberlandesgerichte vorkommenden Falles zu demselben Entschlusse kommen würden, ist nicht ohne weiteres zu bejahen. Denkbar wäre es sehr wohl, daß wohl eine Verpflichtung des Mieters vorliege, erst den Beginn des Mietverhältnisses abzuwarten, er bei nicht erfolgter Instandsetzung der Wohnung dann dagegen das Recht erhalte, auf Kosten des Vermieters zu jedem beliebigen Preis, sei es auch in einem Hotel, eine entsprechend große Wohnung zu mieten, bis die Instandsetzung erfolgt sei, den Vermieter auch für die doppelten Umzugskosten und sonstigen aus dem Verzuge entstandenen Schaden ersatzpflichtig zu machen. In jedem Falle aber ergibt sich für den Vermieter die Lehre, die Instandsetzung vermieteter Räume rechtzeitig vor dem Beginn der Mietzeit zu betreiben und Anfragen der Mieter pünktlich zu beantworten, wie letzteres allen Parteien zu empfehlen ist.

Von der illustrierten Roman-Bibliothek „In Freien Stunden" erschien soeben das 29. und 30. Heft. Wir weisen unsere Leser wiederholt auf diese gediegene und dabei billige Unterhaltungsschrift hin, die in keinem Arbeiterheim, keiner Familie, Bibliothek 2c. fehlen sollte. Das 30. Heft enthält außer der Fortsetzung des Romans von R. Buchanan „Der Deserteur" die Fortsetzung von „Der tote Zimmermann" und zur Belehrung und Unterhaltung „Dies und Jenes" — „Witz und Scherz". Wie wir kürzlich mitteilten, hat mit dem Hefte 27 der neue Roman begonnen und können noch jetzt sämtliche Hefte nachbezogen werden. Bestellungen nimmt jede Buchhandlung, jeder Kolporteur und Zeitungsausträger entgegen. Der Preis pro Heft beträgt 10 Pfg.

Revision der Maße, Gewichte und Wagen. Es wird zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß in den Monaten September und Oktober d. Js. in der westlichen Hälfte der inneren Stadt (Marien- und Marien-Magdalenen-Quartier) eine technische Revision der Maße, Gewichte und Wagen durch den Eichmeister stattfinden wird.

Postsendungen an Soldaten im Manöverdienst. Postsendungen für die an den Manöverübungen teilnehmenden Offiziere und Mannschaften sind nicht nach den in kurzen Zwischenräumen wechselnden Marschquartieren, sondern stets nach dem Garnisonorte zu richten. Für die richtige und beschleunigte Weitersendung wird dann von der Post gesorgt. Ferner ist es dringend notwendig, in den Aufschriften der Sendungen an Unteroffiziere und Mannschaften, einschließlich der Einjährig-Freiwilligen, außer dem Familiennamen, dem auch Vorname und Ordnungsnummer hinzuzufügen sind, Dienstgrad und Truppenteil (Regiment, Bataillon, Abteilung, Eskadron, Kompagnie, Batterie, Schwadron) genau anzugeben. Auch bei Sendungen an Offiziere und Aerzte sind diese Angaben erforderlich. Mangelhafte Aufschriften der Manöverpostsendungen haben meist erhebliche Verzögerungen zur Folge. Die Nach- oder Rücksendung von Postanweisungen, gewöhnlichen und eingeschriebenen Briefsendungen, sowie der Soldatenpakete ohne Wertangabe bis zum Gewicht von 3 Kilogramm erfolgt kostenfrei. Dagegen werden die im Postwege bezogenen Zeitungen nicht ohne weiteres, sondern nur auf Antrag und gegen Vorausbezahlung der Ueberweisungsgebühr ins Manöver nachgesandt.

Wilhelm-Theater. Aus der Theaterkanzlei wird uns geschrieben: Vielfachen Wünschen nachkommend erscheint der Schwank „Eine Hochzeitsnacht" morgen nochmals auf den Spielplan; das lustige Stück erlebt bereits die 11. Aufführung. Freitag findet das erste Gastspiel des Frl. Luise Delosea als Paula in Schönthans Lustspiel „Cornelius Voß" statt. In Vorbereitung befindet sich die Sensations-Novität „Ausgewiesen" von Karl Böttcher.

pb. **Diebstahl.** Am Sonntag den 5. d. Mts. wurden im Vorgarten des Hauses Moltkestraße 13, 4 Taschentücher mit dem Monogramm „L. S." oder „S. L.", 3 Kinderhemden gezeichnet „M. P.", 1 gesticktes Leibchen, 2 Unterröcke, 2 Kinderbeinkleider und 1 Schürze gefunden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß diese Gegenstände aus einem Diebstahl herrühren. Die Sachen liegen im Bureau der Kriminal-Abteilung zur Ansicht aus.

pb. **Abhanden gekommen** und vermutlich gestohlen ist eine 14 karr. goldene Damen-Remontoiruhr mit einer langen silbernen Kette. An Letzterer befand sich ein kleiner silberner Fächer, 1 kleines Messer, 1 silbernes Portemonaie und ein kleines silbernes Fläschchen. Hinten auf dem Uhrdeckel befindet sich das Monogramm „E. D." von einem Kranze umgeben. Auf dem Uhrglas befindet sich ein vergoldeter Kranz.

pb. **Leinwanddiebstahl.** Aus einem Hause der Johannisstraße wurde ein Bolzen Leinewand, der etwa 36 Gansaugenhandtücher enthielt, gestohlen.

pb. **Mietsgeldschwindlerin.** Ermittelt wurde eine hiesige Ehefrau, die sich in den Monaten Mai, Juni und Juli d. Js. unter dem Namen Schmuser, auch Stahl, an verschiedenen Stellen vermietete, sich das Handgeld geben ließ, aber den Dienst nicht antrat.

pb. **Ein guter Fang.** Ermittelt und festgenommen wurde hier ein Arbeiter, der sich bei einem Hotelbesitzer in Niendorf a. O. fortgesetzt umfangreicher Diebstähle an Wäsche, Gardinen, Bettzeug, Matrazen, sowie Nahrungs- und Genußmitteln schuldig machte. Unter anderm stahl er zehn geräucherte Schinken, wovon noch zwei Stück bei ihm gefunden wurden. Die übrigen Schinken waren bisher nicht zu ermitteln. Sie tragen sämtlich den Brennstempel „C. S."

pb. **Ein zugereister Bäckergeselle** stahl heute Morgen von der Tür eines an der Ratzeburger Allee belegenen Hauses einen Brotbeutel mit Inhalt. Er wurde ermittelt und festgenommen.

pb. **Sittenverbrechen.** Festgenommen wurden ein Maurer und ein Seemann von hier, die sich beide eines Verbrechens nach § 176, 3 des St.-G.-B, schuldig machten.

Stockelsdorf. Einkommensteuerrolle. Nachdem die Einkommensteuerrolle der Gemeinde Stockelsdorf für das Jahr 1906/07 festgestellt ist, wird dieselbe 14 Tage lang, vom 9. August bis zum 22. August d. J. einschließlich, bei dem Gemeindevorsteher Bruhns zu Stockelsdorf zur Einsicht der Steuerpflichtigen offen liegen. Etwaige Reklamationen, infolge deren, wenn sie unbegründet gefunden werden, den Reklamanten die veranlaßten Kosten zur Last fallen, auch die Reklamanten noch höher zur Steuer veranlagt werden können, sind innerhalb drei Wochen nach dem Ablaufe der Auslegungszeit, also vor dem 13. September d. Js., bei Strafe des Ausschlusses bei Ruhstrat, Eutin, anzubringen und zu begründen.

Eutin. Der Gemeinderat nahm einen Antrag der Schulkommission und des Magistrats auf Einrichtung einer neuen Klasse in der hiesigen Volksschule an. In den jetzigen 6 Klassen werden je 50, 60, zum teil sogar 70 Schüler unterrichtet. Die Mitglieder Voß und Krützfeld hatten beantragt, ein hinterm Weberhain in der Nähe der Schießbahn belegenes Stück Land als Festplatz anzukaufen. Die Beschlußfassung wurde bis nach Besichtigung zurückgestellt, doch will der Gemeinderat den Magistrat ersuchen, den Ankauf eines Festplatzes ins Auge zu fassen. Nachdem der Gemeinderat die Verpflichtung der Stadt zur Errichtung einer katholischen Volksschule anerkannt hat, handelte es sich darum, ob die Schule in den bisherigen Räumen des katholischen Klosters bleiben sollte, oder ob man die Verlegung der Schulräume in städtische Gebäude wünschte. Der Gemeinderat beschloß das letztere; auch der Magistrat trat dafür ein.

Niendorf a. O. Achtung, baugewerbliche Arbeiter! Ueber das Geschäft von Hardt ist die Sperre verhängt.

Hamburg. Ein schweres Verbrechen wurde in der vorletzten Nacht in Tatenberg verübt. Der dortige Gemeindevorsteher wurde getötet, seine Frau und ein Dienstmädchen schwer verletzt. Ueber den Hergang der Schreckenstat wird dem „H. E." folgendes mitgeteilt: Gegen 1 Uhr in der vorletzten Nacht wurde der 72 Jahre alte Gemeindevorsteher Julius Janssen in Tatenberg dadurch aus dem Schlafe gestört, daß vier Männer an das Haus pochten und ihm sagten, er möge einmal herauskommen, seine Pferde rumorten, da sei etwas nicht in Ordnung. Der Greis ließ sich auch dadurch nach dem Pferdestall locken, wo ihn die Männer an Händen und Füßen banden und ihm einen Knebel in den Mund steckten, um ihn am Schreien zu verhinden, so daß, wie bis jetzt feststehen scheint, der Tod Janssens durch Ersticken eingetreten ist. Die Ehefrau Janssen kam nach kurzer Zeit ebenfalls in den Pferdestall und wurde auf gleiche Weise gebunden und geknebelt; sie hat sich dann, nachdem sie die Besinnung wiedererlangt, von ihren Fesseln befreit. Dem Dienstmädchen, gegen das die Täter ebenfalls gewalttätig vorgingen, gelang es, sich vor den Unholden durch die Flucht zu retten. Die Täter haben zweifellos Hausgelegenheit gekannt und gewußt, daß Janssen Bargeld im Hause hatte. Sie haben, soweit bis jetzt festgestellt, aus einem verschlossenen Koffer 1200 Mk. und eine silberne Zylinderuhr ohne Kette geraubt. Der Tat dringend verdächtig sind: 1. der Dienstknecht, frühere Schlachtergeselle Max Carl Menso Holz, am 8. März 1870 in Itzehoe geboren, zuletzt bei dem Ermordeten in Dienst; 2. der Dienstknecht Georg Gustav August Karl Güttich, geboren am 18. Dezember 1875 in Berlin, zuletzt in Dienst bei Janssen; 3. der Dienstknecht, frühere Bäckergeselle Paul Sauer, geboren am 13. Juli 1876 zu Weissze, wahrscheinlich zuletzt in Hamburg tätig gewesen, und 4. ein Unbekannter, mutmaßlich ein Schlossergeselle, der sich zuletzt mit Holz und Güttich in Hamburg in der Niedernstraße beschäftigungslos umhergetrieben hat. Für die Ergreifung der Täter oder zweckdienliche Mitteilung dazu ist eine Gesamtbelohnung von 800 Mk., für Nachweis bezw. Ergreifung eines derselben je 200 Mk. ausgesetzt.

Hamburg. Ein schwerer Diebstahl an Bord des Postdampfers „Prinz Sigismund" wurde verübt, als das Schiff sich auf seiner Reise von Brasilien nach Hamburg im Hafen von Lissabon befand. Einer Frau Lange aus Rio de Janeiro wurde aus ihrer Kabine, die sie unvorsichtigerweise hatte offen stehen lassen, eine Geldtasche gestohlen, in der sich 9000 Mark in Bargeld und ein Depotschein über ein bei der Deutschen Bank in Rio de Janeiro deponiertes Guthaben von 15 000 Mk. befanden. Die Bestohlene geriet durch diesen Verlust in die fatalste Situation, da sie all ihrer Mittel beraubt war. Sie reiste deshalb sofort nach Brasilien zurück. Von dem Dieb fehlt bisher trotz eifrigster Nachforschung jede Spur. — Unfall mit tödlichem Ausfall. Bei einem Bau am Billwärder Neuerdeich wurde vorgestern Nachmittag ein Zimmermann von herabfallenden Mauersteinen so wuchtig auf den Kopf getroffen, daß er einen Schädelbruch erlitt. Der tödlich Verletzte ist im St. Georger Krankenhause einige Stunden nach seiner Aufnahme gestorben. — Wieder ein Kolonialheld. Mit dem Dampfer „Prinzessin" traf in Hamburg aus Kamerun der vierzigjährige Vermessungsbeamte Egbert Ditmer ein, der vom Obergericht zu Dar-es-Salam zu 8½ Jahren Zuchthaus wegen Mißhandlung Schwarzer und Urkundenfälschung verurteilt worden ist. Die Strafe soll er in Celle abbüßen.

Wilhelm-Theater.

„Der Herr Senator", ein sogenanntes Lustspiel der bekannten Firma Schönthan u. Co., ging gestern abend im Wilhelm-Theater vor einem sehr zahlreichen Publikum in Szene. Doch nicht das Stück, sondern der Vertreter der Titelrolle, Herr Max Schütz, früher Mitglied des hiesigen Stadttheaters, war der Magnet gewesen. Der Künstler verstand es, die total verzeichnete Rolle des Hamburger Patriziers, der nicht einmal richtig Deutsch sprechen kann, mit liebenswürdigem Humor auszustatten und schuf so eine Figur, die trotz aller Unmöglichkeiten im Mittelpunkt des Interesses stand. Frl. Dülfer als Tochter des „Herrn Senators" verdient gleichfalls volles Lob; nicht minder die Herren Waldheim und Kron. Der Beifall, welcher jedem Akte folgte, wollte gar kein Ende nehmen und viele Wiederkommen-Rufe ertönten.

P. L.

Sprechsaal.

(Für diese Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung).

Erklärung.

Betreffs des Versammlungsberichts des Sozialdemokratischen Vereins fühle ich mich veranlaßt, folgende Erklärung abzugeben. Ich hatte während der ganzen Dauer der Aussperrung der Maler keinen Gehülfen beschäftigt und gehöre dem Verband der hiesigen Malergehülfen schon seit zwei Jahren nicht mehr an; seit drei Jahren arbeite ich selbständig für mich und bin Mitglied der hiesigen Zwangsinnung der Maler seit Januar d. J. Jetzt habe ich fortwährend innerhalb der Innung versucht, in Versammlungen den Frieden zwischen Meister und Gehülfen herzustellen, was auch die Protokolle dieser Körperschaft beweisen können. Ich wüßte deshalb nicht, wie man dazu kommt, meinen Ausschluß aus dem Sozialdemokratischen Verein zu beantragen.

Aug. Fölsch, Malermeister.

Zur Erhöhung der Bierpreise.

Einige Lübecker Zeitungen brachten in den letzten Tagen Berichte über die Erhöhung der Bierpreise. Es wurde hierin ganz richtig angeführt, daß vom 15. August d. J. an die Brauereien einen Aufschlag von 1,50 Mk. pro Hektoliter von den Wirten verlangen. Des weiteren hieß es, die Wirtevereine hätten bereits Stellung dagegen genommen und Beschlüsse gefaßt, wonach in Zukunft nur noch 9/10 Liter Bier für 15 Pf., 4/10 für 20 Pf. und 5/10 für 25 Pf. verkauft werden sollen. Diese Behauptungen müssen unter allen Umständen zurückgewiesen werden. Es hat eine Sitzung zwischen je einer Kommission von drei Mitgliedern vom Lübecker Wirte-Verein sowie vom Unterzeichneten und der Brauerei-Vereinigung am Dienstag den 31. Juli d. J. stattgefunden, in der von einer Verhandlung leider nicht die Rede sein konnte, denn die Brauerei-Vereinigung erklärte hierzu kurzer Hand, daß mit dem 15. August d. J. eine Erhöhung von 1,50 Mark pro Hektoltr. eintreten werde. Der Unterzeichnete hatte daraufhin auf Freitag den 3. d. M., nachmittags 4 Uhr, eine Mitglieder-Versammlung im „Konzerthaus Fürstenhausen" einberufen, in der nun eine siebengliedrige Kommission gewählt wurde, welche die Angelegenheit für sich bearbeitete und der dreigliedrigen Kommission zur weiteren Verhandlung mit der Brauerei-Vereinigung übergeben hat. Es ist nun in dieser Versammlung wohl erwogen worden, wie der Bierpreiserhöhung entgegengetreten werden kann, daß die Preiserhöhung vom Wirtsgewerbe nicht getragen werden kann, ist schon daraus leicht ersichtlich, daß nicht weniger als 90 Prozent Lübecker Wirte leider von den Brauereien abhängig sind, d. h. diese sind verpflichtet, von einer oder anderen Brauerei das Bier nehmen zu müssen, weil sie von letzteren kapitalistisch unterstützt sind. Sollte es nun unumgänglich sein, daß von Seiten der Wirte in Zukunft ein kleineres Quantum Bier zu gleichen Preisen, als bisher geschänkt, den Konsumenten verabfolgt werden wird, so mag hierbei doch auch in Erwägung gezogen werden müssen, daß seit mehr als 20 Jahren von den Wirten mehr oder weniger Preiserhöhung ihrer verabfolgten Getränke nicht stattgefunden hat, dagegen sind Lebensmittel viel teurer geworden und die Löhne der nötigen Hilfskräfte sind ganz bedeutend gestiegen. Zudem kommt die Erhöhung der Vergnügungssteuer, der Musik-Automatensteuer, Ansprüche für der Neuzeit entsprechende Lokalitäten usw. usw. In Vorbereitung ist vom hohen Senat und Bürgerschaft die höhere Konzessionierung und Besteuerung des Wirtsgewerbes. Sollte es da nun nicht gerechtfertigt sein, wenn eventuell von den Wirten eine Aufbesserung ihrer Geschäftslage angestrebt wird? Haben gerade in letzter Zeit nicht auch andere Gewerbe hier am Orte Preiserhöhung ihrer Erzeugnisse usw. stattfinden lassen? Jeder Rechtdenkende wird zugeben müssen, daß, sobald die Bierpreiserhöhung in Kraft tritt, dann auch seitens der Wirtsgewerbe eine Preisveränderung der zu verabfolgenden Biere angestrebt werden muß.

Verein der Gast- und Schankwirte von Lübeck und Umgegend.
J. A.: Der Vorstand.

Wir behalten uns vor, morgen auf dieses Eingesandt, zu dem noch mancherlei zu sagen ist, zurückzukommen.

Die Redaktion.

Letzte Nachrichten.

Stettin. Montag abend 10 Uhr entstand in einem Speicherkomplex am Bahnhof Feuer, das an dem von der Hitze ausgetrockneten Holz des Schuppens reichliche Nahrung fand. Die Feuerwehr konnte sowohl von der Oder wie von der Parnitz aus mit Erfolg angreifen, und es gelang ihr nach etwa zweistündiger Tätigkeit die Gefahr zu beseitigen. Abgebrannt sind etwa sechs große Lagerschuppen, in denen sich außer Heringen noch Wagen und Gerätschaften befanden. Der Schaden soll sich auf etwa 800 000 Mk. belaufen.

Dortmund. In Sassendorf brachte im Streit ein Bahnarbeiter seinem Vater einen tödlichen Messerstich in den Rücken bei. Der Mörder wurde verhaftet.

Essen a. d. Ruhr. Im benachbarten Herten überfiel eingetrunkener Bergmann seinen ruhig daherkommenden Arbeitskollegen und tötete ihn mit einer Spitzhacke.

Erfurt. Eine von fünftausend Personen besuchte öffentliche Volksversammlung verhängte den Boykott über sämtliche Thüringer Brauereien, welche ihre Bierpreise erhöht haben.

Hanau. Eine Volksversammlung faßte eine Resolution, auf Grund deren sich alle Teilnehmer verpflichteten, sich des Biertrinkens zu enthalten, bis die Brauereien von der Erhöhung der Bierpreise Abstand genommen haben.

Trier. In Malstatt an der Saar kam es gelegentlich der polizeilichen Revision eines Tanzlokals zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen Schutzleuten

und einer hunderttöpfigen Menge. Die Schutzleute mußten der Uebermacht weichen.

Brünn. Sonntag nachmittag unternahmen drei Arbeiter und vier Arbeiterinnen aus Mährisch-Trübau auf dem Mühlenteich in Ranigsdorf eine Kahnpartie. Während der Fahrt versuchten sie die Plätze zu wechseln, hierbei kippte der Kahn um. Sämtliche Insassen fielen in den Teich. Zwei Arbeiter und drei Arbeiterinnen ertranken.

Charlerois. In der Kohlengrube Bois de Cazier bei Marchienne stürzte infolge falschen Manövrierens ein Förderkorb von einer Höhe von 835 Metern in die Tiefe des Schachtes. Neun Arbeiter sind tot.

Galveston. In Südtexas haben Ueberschwemmungen großen Schaden angerichtet. Viele Menschen büßten das Leben ein.

Literarisches.

Der **„Wahre Jakob"** hat soeben die 16. Nummer seines 23. Jahrgangs erscheinen lassen. Aus dem Inhalt erwähnen wir die beiden farbigen Bilder „Der heilige Theodor und die Haifische" und „Die Wonne des Zaren" sowie die Illustrationen „Polizeitrophäen", „Aus dem Dreiklassenstaat", „Das Bild des Schutzmannes", „Zur Portoerhöhung", „Kassensturz", „Preußische Konserven", „Auf der Suche nach Feinden" und „Bei Serenissimus". Der textliche Teil bringt einen Nachruf für den verstorbenen Reichstagsabgeordneten Karl Grünberg nebst einem Porträt desselben, ferner die Gedichte „Der russische Staatsstreich", „Pogrom" von Paul Enderling, „Die Nationalliberalen", „Ein armer Reisender", „Das Lied vom Reichsverband", „Michel" und außer zahlreichen kleineren Beiträgen noch die größeren Skizzen „Der Weg nach unten", „Belohnte Zeugen" und eine Erinnerung aus der Parteigeschichte „Schneider und Doktor". Der Preis der 14 Seiten starken Nummer ist 10 Pfennig.

Quittung.

Für die ausgesperrten Lithographen und Steindrucker gingen bei uns ein:

Buchdrucker-Verein in Lübeck (3. Rate)	20,— Mk.
Bereits quittiert	533,40 „
Summa	553,40 Mk.

Das Arbeitersekretariat
(unentgeltliche Auskunftstelle für Jedermann)
ist geöffnet an Wochentagen von 12—2 Uhr mittags und von 6—7½ Uhr abends.
An Sonn- und Festtagen, sowie Mittwoch Nachmittag geschlossen.

Sternschanz-Viehmarkt.

Hamburg, 7. August 1906

Der Schweinehandel verlief lebhaft.

Zugeführt wurden 3000 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preis: Versandschweine schwere 68—69 Mk., leichte 70—70½ Mk. Sauen 60—65 Mk. und Ferkel 66—69 Mk. pro 100 Pfund.

Komitee- u. Kommissions-Sitzungen.

H. T. V.
Vorstandssitzung Donnerstag 8½ Uhr.

Danksagung.

Allen denen, die meinem lieben Manne die letzte Ehre erwiesen und seinen Sarg so reich mit Kränzen schmückten, besonders Herrn Pastor Evers für seine trostreichen Worte am Sarge des Entschlafenen sage meinen herzlichsten Dank.

Catharina Dietz, geb. Beckmann.
nebst Kinder.

Gesucht ein Malergehilfe.
Aug. Fölsch, Wakenitzmauer 23.

Gesucht
ein Mädchen für häusl. Arbeiten
gutes Gehalt, familiäre Stellung.
Untertrave 27 28

Carl Folkers
Möbel-Magazin
25 Marlesgrube 25.
Vollständige Wohnungseinrichtungen.
Selbstgefertigte Arbeiten.
Größte Auswahl.
Billigste Preise.
Weitgehendste Garantie.
Zimmer-Einrichtungen stets vorrätig.
Lieferung frei Haus auf eigenem Möbelwagen.
Bei Barzahlung Rabatt.
Teilzahlung gestattet.
Gebe rote Lubeca-Marken.

Welches ist die Stadt der billigsten Milch?
LÜBECK!
Keine Stadt Deutschlands mit ca. 100,000 Einwohnern hat billigere Milchpreise
Hansa-Meierei. 20 Verkaufswagen. 32 Laden.

Der
Neue Welt-Kalender
für 1907
31. Jahrgang
ist soeben reich ausgestattet erschienen und zu beziehen durch die
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
sowie deren Kolporteure.
Preis 40 Pfennig.

Dr. Thompson's Seifenpulver
Marke Schwan
ist das beste.
Zu haben in allen besseren Geschäften.

Durch unseren Verlag zu beziehen:
„Bilder aus Lübecks Vergangenheit".
Zusammengestellt von
Theodor Schwartz.

Aus dem Inhalt des 639 Seiten umfassenden Werkes heben wir das Nachstehende hervor:

Das „wendische" („Alt"-)Lübeck an der Schwartau. — Das „welfische" Lübeck. — Das „kaiserliche" Lübeck. — Das „reichsfreie" Lübeck. — Das „hansische" Lübeck. — Die ersten bürgerlichen Unruhen in Lübeck. — Der große nordische Krieg. — Jürgen Wullenwever. — Lübecks letzter hansischer Krieg. — Die Reiser'schen Unruhen. — Der große Bürger-Rezeß von 1669. — Gotteslästerungs- und Hexenprozesse in Lübeck. — Die lübeckischen Zünfte. — Die Gesellenverbände in Lübeck. — Lübeckische Sagen u. Volkspoesien. — Das kaiserlich-französische Lübeck. — Nach der Restauration. — Ueber die Zustände der inneren Stadt im vierzehnten, sechszehnten und achtzehnten Jahrhundert nebst einer Schilderung des Stadtbildes am Ende des achtzehnten Jahrhunderts.

Preis: brosch. Mk. 4.—, geb. in Leinwd. Mk. 5.— oder in 20 Lieferungen à 20 Pfg.

Friedr. Meyer & Comp.
Buchdruckerei und Verlag des „Lübecker Volksbote"
Johannisstraße 50.
Bestellungen werden von unseren Kolporteuren zu jeder Zeit entgegengenommen.

ff. Matjes, Sommerfang-Heringe
in jeder Preislage.
Fischhalle „Hansa",
Teleph. 1869. Fünfhausen 33.
Markthallenstand 104.

Frisches Rehfleisch
Pfund 30 Pfg.
W. Holst
Bäckerstraße 13. — Wildhandlung.

Goldene u. silb. Uhren
gut und billig.
L. S. Baruch, Pfandleihgeschäft Aegidienstraße 35.

Achtung Maurer!
Heute Mittwoch, abds. 8½ Uhr:
Versammlung
Tages-Ordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.
Der Vorstand.

Wilhelm-Theater.
Donnerstag den 9. August. 8 Uhr.
Zum 11. Male.
Eine Hochzeitsnacht.
Schwank in 3 Akten von Kerouel.
In Paris, Berlin und Hamburg über 1000 mal mit größtem Erfolg aufgeführt.
Freitag: 1. Gastspiel von L. Delosea.
Cornelius Voß.

Sarg-Magazin
Fernsprecher 427. **Gebr. Müter**
obere Mühlenstraße 13 und kurze Königstraße 116a.
Grösstes Lager am hiesigen Platze, bekannt billige Preise.
Stets Neuheiten in Perl- und Metallkränzen.
Eiserne Grabkreuze.
Ueberführung von und nach Auswärts mit eigenem Wagen.

Verantwortlicher Redakteur für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" sowie der mit P. L. gezeichneten Artikel und Notizen: Johannes Stelling. — Verantwortlicher Redakteur für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" sowie die mit P. L. gezeichneten Artikel und Notizen: Paul Löwigt.
Verleger: Theodor Schwartz. — Druck: Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 183. Donnerstag, den 9 August 1906. 13. Jahrgang.

Soziales und Parteileben.

Der Verband der Fabrik-, Land- und Hülfsarbeiter Deutschlands hält gegenwärtig in Leipzig seine 8. Generalversammlung ab. Am Sonntag wurde dieselbe mit Begrüßungsreden eröffnet. Beschlossen wurde, die Tagesordnung noch um die Punkte: „Landarbeiterfrage" und „Maifeier" zu ergänzen. Nach vorgenommener Bureauwahl wurde ein Antrag, die nicht als Delegierten anwesenden Gauleiter telegraphisch herbeizurufen, angenommen. Dem gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht entnehmen wir, daß sich die Mitgliederzahl seit 2 Jahren mehr als verdoppelt hat; dieselbe stieg von rund 45 000 auf 98 000 Mitglieder in 505 Orten. Aufgenommen sind in den letzten 2 Jahren 123 429 Personen. Das Verbandsorgan erscheint in 106 000 Exemplaren; neben demselben erhalten die weiblichen Mitglieder die „Gleichheit". Auch ein polnisches und ein italienisches Gewerkschaftsblatt fanden Verbreitung. Die Gaueinteilung hat günstig gewirkt. Streiks fanden 258 statt; verausgabt wurden hierfür 601 777 Mark. Die Mehrzahl der Streiks waren von Erfolg gekrönt. Für Unterstützungseinrichtungen sind ausgegeben 250 882 05 Mark. Die Gesamteinnahme des Verbands betrug 1 919 644 27 Mark, die Gesamtausgabe 1 484 431,81 Mk.

Deutsche Streikjustiz. Vom Schöffengericht in Eisleben wurde am Sonnabend der Bergarbeiter Schaaf wegen Streikvergehens zu zwei Monaten Gefängnis, der Bergarbeiter Specht wegen desgleichen Vergehens zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt. Die Verurteilungen erfolgten, obwohl der einzige Zeuge, ein Gendarm, sich überhaupt der Vorgänge nicht mehr erinnern konnte. Die Straftaten sollen während des Streiks in Teutschenthal begangen sein.

Die Frau in der Arbeiterbewegung. Ueber dieses Thema sollte Genossin Louise Zietz Hamburg in Lengsfeld-Rhön (Sachsen Weimar) reden. Jedoch unsere dortige Ortsleitung denkt und — der Bürgermeister und der Bezirksdirektor lenkt. Der Bürgermeister verbot mit folgender Begründung die Versammlung:

„Nach der diesseitigen Gesetzgebung ist die Abhaltung einer Versammlung zu untersagen, wenn durch diese eine Gefahr für die öffentliche Ordnung zu befürchten ist. Es erscheint möglich zu sein, daß man dieses erwarten kann.

Bittorf Bürgermstr.

Auf eingelegte Beschwerde bei der Bezirksdirektion wurde obiges Verbot bestätigt. Den Lengsfeldern wird die Rede der Genossin Zietz nunmehr gedruckt übermittelt.

Die Sonntagsruhe findet am schwersten Eingang in den Berufen, welche am meisten mit dem Kost- und Logiszwang zu rechnen haben. In erster Linie fallen hierunter die Schlachter-, Bäcker-, Gastwirtsgehülfen, Kutscher, Friseurgehülfen usw. Der „Fleischer", das Organ des Verbandes der in den Schlachtereien tätigen Personen, hat jetzt in seinem Organ eine neue Rubrik geschaffen, in welcher die Sonntagsschänder einer Kritik unterzogen werden.

Einen Rüffel wegen „Arbeiterfreundlichkeit" teilt soeben die Hauptstelle der deutschen Scharfmacher Verbände aus. In dem betreffenden Rundschreiben weist die Hauptstelle darauf hin, daß unter den Ausständen, mit denen sie sich in der letzten Zeit zu beschäftigen gehabt habe, leider auch solche vertreten gewesen seien, in denen die Arbeitgeber nach versuchtem kurzen Widerstande zum Nachgeben gezwungen waren, und zwar deshalb, weil sie es in eigennütziger Weise für möglich erachtet hatten, an Arbeitszeiten festzuhalten, die von ihren Gewerbegenossen als zu lang erachtet und daher freiwillig gekürzt worden sind, oder weil sie eine der allgemeinen Wirtschaftslage und den Zeitverhältnissen entsprechende Aufbesserung der von ihnen gezahlten niedrigen Löhne unterlassen hatten. „Ein derartiges Verhalten", so führt das Rundschreiben aus, „entspricht nicht der Stellung des Arbeitgebers, wie sie in der Hauptstelle gedacht ist. Für die Organisation der Arbeitgeber zum Widerstande gegen die unberechtigten Angriffe der Arbeiter und ihrer Organisationen ist eine der grundlegenden Voraussetzungen, daß der Arbeitgeber aus freiem Willen sein Möglichstes tut, um seine Arbeiter, den maßgebenden Verhältnissen entsprechend, in loyaler Weise zu befriedigen. Vor allem muß der Arbeitgeber alles vermeiden, was geeignet sein könnte, ihn den Arbeitern gegenüber ins Unrecht zu setzen; denn sonst sind Vorkommnisse, wie die hier in Rede stehenden, unvermeidlich." Die Hauptstelle nimmt deshalb Veranlassung, an die Vorstände der angeschlossenen Arbeitgeberverbände die dringende Bitte zu richten, darüber zu wachen, daß von ihren Mitgliedern die Arbeitsbedingungen jeder Art nach Maßgabe der gegenwärtigen allgemeinen Verhältnisse in einwandsfreier Weise festgestellt werden. Nur, wenn dies überall und in vollem Umfange geschehe, werde sich im gegebenen Falle die volle Kraft der Organisation der Arbeitgeber wirkungsvoll betätigen können, sie müsse und werde überall und unbedingt versagen, wo das Unrecht sich auf der Seite der Arbeitgeber befinde. Die Arbeiter aller Berufe werden diesen Ausbruch verlegenen Stammelns mit Heiterkeit zur Kenntnis nehmen. Spricht doch aus dem Rüffel nur allzudeutlich die Angst vor der erstarkenden Energie der Arbeiter. Aufreizend dagegen wirkt an dem „Erlaß" dieser Protzen der Satz, wonach es verboten ist, jemals die Löhne zu erhöhen. Danach werden auch die schofelsten Hungerlöhne von vornherein sanktioniert. In der Agitation wird uns deshalb das Gestammel der Scharfmacher wertvolle Dienste leisten.

Parteivorstand und Generalkommission. Auf das Ersuchen des Parteivorstandes, die Freigabe desjenigen Protokollteils der Gewerkschaftskonferenz, der die Massenstreikfrage und das Kapitel Partei und Gewerkschaft behandelt, durch Befragung der Konferenzteilnehmer zu bewirken, antwortete die Generalkommission wie folgt:

Berlin, den 31. Juli 1906.

An den Parteivorstand!

Werte Genossen! Die Generalkommission hat auf Ihr Schreiben vom 12. Juli d. Js. durch ein Rundschreiben vom 14 Juli d. Js. die Anfrage an die Vorstände der Zentralverbände gerichtet, ob das Protokoll der Verhandlungen der Vorstände der Zentralverbände vom 19. bis 23 Februar d. Js. zur Veröffentlichung und Besprechung in der Presse freigegeben werden soll.

Das Ergebnis dieser Umfrage ist, daß bis heute 46 Vorstände gegen die Freigabe, 13 dafür gestimmt haben; 5 Vorstände haben bis heute auf die Umfrage nicht geantwortet. Damit ist die Freigabe des Protokolls abgelehnt. Angesichts der erheblichen Mehrheit, die sich gegen die Freigabe erklärt hat, glaubt die Generalkommission weitere Maßnahmen in der Angelegenheit nicht treffen zu sollen.

Bemerken wollen wir, daß die Generalkommission in ihrem Rundschreiben an die Vorstände erklärt hat, daß sie nach wie vor daran festhält, daß das Protokoll eine interne, zur Information der Konferenzteilnehmer bestimmte Drucksache ist und deren Freigabe sich nicht empfiehlt. Für diese ihre Stellungnahme hat die Generalkommission folgende Gründe angegeben. In der Gewerkschaftsbewegung sowohl als auch in der Partei werden sich immer, wie schon von jeher, interne Beratungen notwendig machen; aber weder der Partei, noch den Gewerkschaften wird es einfallen, wenn sich etwa ein Lump findet, der von solchen Verhandlungen etwas in die Oeffentlichkeit bringt, den internen Charakter derselben aufzuheben und dieselben nunmehr der Oeffentlichkeit preiszugeben. So werden die Gewerkschaften in Zukunft vielleicht noch mehr als bisher gezwungen sein, über Abwehrmaßnahmen gegen die Uebergriffe der Scharfmacher-Organisationen in vertraulichen Zusammenkünften zu beraten und zu beschließen. Soll auch in solchen Fällen, wenn jemand sich findet, der ehr- und gewissenlos genug ist, Verräterei zu üben, der interne Charakter solcher Beratungen preisgegeben werden? Wir meinen, daß sich keine Körperschaft in solchem Falle dazu verstehen wird.

Würde in dem vorliegenden Falle das Protokoll freigegeben, so wäre die notwendige Konsequenz, daß in allen Fällen, wo ein Verrat sich findet, derartige Verhandlungen ihres internen Charakters entkleidet und den intimsten Feinden der Arbeiterklasse zur Kenntnisnahme freigegeben werden müßten. Es würde das zu eigentümlichen Zuständen in der Arbeiterbewegung führen, unter denen nicht nur die Gewerkschaften, sondern auch die Parteibewegung zu leiden hätte. Die Generalkommission will aber unter keinen Umständen diejenige Körperschaft sein, die solche Zustände herbeiführt, und ist der festen Ueberzeugung, daß auch der Parteivorstand dazu seine Hand nicht bieten will.

Wie die vorliegende Abstimmung beweist, hat die große Mehrheit der Zentralvorstände sich diesen Gründen der Generalkommission angeschlossen.

Mit Parteigruß!

Die Generalkommission.
A. Knoll.

Das Schreiben ist vom 31. Juli datiert; der Parteivorstand scheint sich über weiter von ihm zu unternehmende Schritte in dieser Angelegenheit noch nicht schlüssig zu sein, da er die Veröffentlichung der Antwort noch nicht vorgenommen hat. — Die Generalkommission fühlte sich ja veranlaßt, die Zentralvorstände dahin zu beeinflussen, die Freigabe des Protokolls nicht zu empfehlen. Ob sie in ihrem Schreiben an die Zentralvorstände auch die Gründe angeführt hat, die vom Parteivorstand und in der Parteipresse für die Veröffentlichung geltend gemacht worden sind, geht aus obiger Antwort nicht hervor. Wie dem nun auch sei: Wir vermögen bei dem großen und allgemeinen Interesse, das man den auf der Konferenz erörterten Fragen in der Partei sowohl als in den Gewerkschaften nach wie vor entgegenbringt und entgegenbringen muß, die gegen die Veröffentlichung angeführten Gründe nicht als stichhaltig anzusehen. Ganz unangebracht ist in diesem Falle der angezogene Vergleich von den Abwehrmaßregeln gegen Uebergriffe der Scharfmacherorganisationen.

Aus Nah und Fern.

Von Hornissen erstochen wurde ein Knabe in Neudorf (Schlesien), als er mit mehreren Kameraden im dortigen Mühlbach badete. Die nackten Knaben stocherten dabei in einem Hornissennest herum. Die aufgeregten Tiere fielen wütend über die Knaben her. Während ein Knabe ins Wasser sprang, um sich durch Untertauchen zu schützen, eilten die anderen Knaben dem Dorfe zu. Auf das Angstgeschrei eilten Dorfbewohner herbei, denen es nach langer Zeit gelang, die Tiere zu töten. Die Knaben waren arg zerstochen, da die Hornissen auch in die Nase und den Mund gedrungen waren, wo deren giftige Stiche bösartige Geschwülste erzeugten. Ein Knabe, namens Rother, ist bereits seinen Verletzungen erlegen; die anderen Knaben liegen sämtlich schwerkrank darnieder.

Der Bierkrieg ist nun auch in Halle a. S. perfekt geworden. Gastwirte und Flaschenbierhändler haben in mehreren Versammlungen die Bierpreiserhöhung abgelehnt und die Ringbrauereien werden boykottiert. Die Partei wird in einer großen Protestversammlung zu dem Bierkrieg Stellung nehmen, aber die Angelegenheit nicht im einseitigen Interesse der Wirte, die als Saalverweigerer der Partei gegenüber zuweilen eine recht schäbige Rolle gespielt haben und vor dem Militarismus stets zu Kreuz gekrochen sind, sondern vom Standpunkt der Steuergesetzgebung verfolgen. Einige Wirte meinen, die Sozialdemokratie sei dazu gut genug, die Kastanien für sie aus dem Feuer zu holen. Das Bürgertum „kämpft" für den Boykott auf seine Weise. Die Spießer lassen sich in den Kneipen, wo ein Pfennig pro Glas mehr verlangt wird, ihre Stammseidel geben und ziehen mit Musik unter den Klängen: „So leb denn wohl,

---

Im Banne des Spiritismus.

Zeitroman von Friedrich Thieme.

Schluß. Nachdruck verboten.

„Sie war eine Treibhausblume, eine ungesunde, der inneren frischen Kraft entbehrende Erscheinung," versetzte der Professor kopfschüttelnd. „Ihr Wissensdrang entsprang der Sucht zu glänzen, ihre Triebfeder waren Ehrgeiz und Aberglaube, ihre Kraft war Krampf, ihre Frömmigkeit unklare Phantasterei. Sie war leicht empfänglich für alle Eindrücke und bewahrte sie infolge eines phänomenalen Gedächtnisses, aber sie reihte und verknüpfte sie nicht, um sie dann als geläuterte, erquickende, segenspendende Strahlen der Welt zurückzugeben. Ihre Gelehrsamkeit war nicht diejenige der ernstforschenden Männer, die wie Brenngläser die Sonnenstrahlen in sich konzentrieren, um mittelst derselben eine bleibende heilsame Flamme zu erzeugen, sondern ihre maßlose Eitelkeit in Verbindung mit den Attributen einer irrenden Phantasie gestaltete ihr ganzes Wesen zu einem Spiegel, in den alle Lichtblitze nur hineinfielen, um reflektiert zu werden. Sie lernte alles schnell, aber flüchtig, um gerade damit zu brillieren, sie war leichtsinnig und schwermütig, ungeheuer akkomodationsfähig, ausdauernd in unerhörten Strapazen bei einem Körper, der zerbrechlich wie derjenige eines Porzellanfigürchens erschien. Sie repräsentierte das Weib in der ins Extreme getriebenen Entwickelung seiner Sonderart. So kam und ging sie wie ein Meteor, das einen Moment am Himmel aufflammt, um keine Spur seines flüchtigen Daseins zurückzulassen. Möge sie in Frieden schlummern!"

„Amen!" flüsterte leise die Dame. Nach einer Pause setzte sie hinzu:

„Hat man von — von Low wieder etwas gehört?"

„Bisher nicht, — er ist zu schlau, um sich fangen zu lassen. Man wird ihn nicht bekommen."

„Um so besser — es hätte nur einen furchtbaren Skandalprozeß gegeben."

„Dagegen ist es gelungen, sich Wolferts zu bemächtigen, er ist gestern in Brüssel verhaftet worden."

Eugenie von Tillo entgegnete nichts, sie starrte eine lange Weile gedankenverloren in die glühenden Tinten des Horizontes.

„Herr Professor", sagte sie endlich mit einem sanften, ruhigen Klang ihres weichen Organs, wie ihn der Gelehrte noch nie von ihren Lippen hatte ertönen hören, „wollen Sie die Wahrheit wissen? Ich fühle mich freier und wohler, seit der Bann des Geisterspuks von meiner Brust genommen ist. Gott spricht nur durch die Natur und die innere Stimme zu uns, er bedarf nicht des Mundes der Medien und der Sendung phantastischer Gestalten, die nur Verwirrung und Schrecken in der Welt erregen und den Aberglauben züchten statt des Glaubens. Ich erkenne die Wahrheit dessen, was Sie uns gesagt — der Glaube, welcher mit Gespenstern und Geistern agiert, kann niemand beglücken, er verwirrt nur die Phantasie, verengt den Sinn, beschränkt das Denken und zieht den Menschen vom praktischen Leben ab!"

„Wenn Sie so denken, Frau Baronin, sind Sie auf dem rechten Wege," rief der Zuhörer frohlockend.

„Ich hoffe es, mich wieder auf demselben zu finden und dadurch auch mehr Ruhe für meine Seele zu erlangen. Ich will mich in die Natur begeben — an ihrer Herrlichkeit weiden, mich am Glücke meiner Kinder freuen und ein tätiges Leben im Dienste der öffentlichen Wohlfahrt leben. Was hilft es, das Verlorene und Vergangene zu betrauern, wo doch jeder neue Sonnenaufgang uns gebieterisch „Vorwärts!" zuruft."

„So ist es recht, gnädige Frau, erinnern Sie sich stets der Worte, die der König an Hamlet richtet und worin er ihm seine unbotmäßige, unbezähmbare Trauer zum Vorwurfe macht."

„Traurig ist es," fuhr die Freifrau fort, „daß gerade die heiligsten Empfindungen der Menschen von jeher am schmählichsten gemißbraucht worden sind, sei es durch den Fanatismus, sei es durch Betrug oder durch Heuchelei und Mystizismus — ich kenne," rief sie mit neuaufflackernder Glut in den trüben Augen, indem sie ihre Hand auf den Arm des Professors legte, „von nun an nur eine innere Religion: zwischen diesseits und jenseits gibt es keine andere Brücke, als die wir uns selber erbauen durch Tugend, Wahrheit, Gerechtigkeit und Liebe. Reines Bewußtsein ist unser einziger Trost auf dem Sterbebett! Nicht nur unsere Taten, sondern auch unsere Worte und Gedanken seien edel und gut! Wir sollen Menschen sein, wahre Menschen, ich war bisher nur eine Marionette, eine Drohne des Bienenstockes, ich will von nun an versuchen, meine Pflicht tiefer zu erfassen."

„Wenn Sie so zu mir sprechen," jauchzte der Professor, „so weiß ich, daß Sie wieder genesen werden. Wandeln Sie mutigen Fußes auf dieser Brücke zwischen diesseits und jenseits; es ist die einzige, die den Menschen fest und sicher trägt. Stehen wir nur fest auf Erden, das weitere Ziel kennt nur der, der uns hierher wie Schiffbrüchige auf eine verlorene Insel des Ozeans gepflanzt; wir fließen dahin wie die Welle, die ruhig und tätig ihre Bahn gleitet, im Vorbeiplätschern heiter die Blüten küssend und mit den Faltern am Uferstrauch kosend; sie weiß nicht, wo sie herkommt und wo sie hingeht; aber der sie aus dem Stein gerufen, wird sie führen! Worin anders bestand die Erkenntnis eines Faust nach allen seinen irdischen Irrfahrten? Sagt er nicht von sich, d. h. vom Menschen:

Er wandle so den Erdentag entlang;
Wenn Geister spuken, geh' er seinen Gang —
Im Weiterschreiten sind er Qual und Glück,
Ob unbefriedigt jeden Augenblick!

Ja, diesem Sinne bin ich ganz ergeben,
Das ist der Weisheit letzter Schluß:
Nur der verdient sich Freiheit wie das Leben,
Der täglich sie erobern muß!

du stilles Haus" in eine andere Kneipe. In größeren Fabriken macht man in „Abstinenz". Ein Großindustrieller, der davon Kenntnis bekam, daß die Arbeiter Ringbier nicht mehr genießen wollten, ließ sofort 1000 Flaschen Selterwasser anfahren. Das Getränk wird pro Flasche mit 3 Pf. abgelassen.

Der Selbstmord eines Schulknaben erregt in Solingen Aufsehen. Der Knabe, ein 13jähriges Bürschchen, war von seinem Rektor wiederholt schwer gezüchtigt worden und bekam daher eine begreifliche Abneigung vor der Schule. Am 1. August weigerte er sich die Schule zu besuchen, weil er wiederum befürchtete, von seinem Rektor geschlagen zu werden. Seine Eltern zwangen ihn aber, zur Schule zu gehen. Er verließ auch die Wohnstube, ging aber nicht zur Schule, sondern auf den Speicher, wo er durch Erhängen seinem Leben ein Ziel setzte. Die Schulaufsichtsbehörde wird nicht umhin können, diesen Fall näher zu untersuchen.

Der vermeintliche Doppelselbstmord einer Kabarettsängerin und eines Kaufmanns in Frankfurt a. M., über den wir berichtet haben, hat sich nunmehr als ein schweres Verbrechen entpuppt, und zwar hat der angebliche Kaufmann K. Maier aus Wien, der in Wirklichkeit ein Nichtstuer war und lange Zeit auf Kosten der von ihm getöteten Sängerin Irene Ujheghi gelebt hat, diese aus Eifersucht erschossen, weil sie sich von ihm losreißen wollte. Sie stammte aus guter Familie, lebte in angemessenen Verhältnissen und hatte schon wiederholt versucht, ihrem aufdringlichen Liebhaber den Abschied zu geben. Jetzt wollte sie nach Amerika gehen, um vollständig aus seinem Gesichtskreis zu verschwinden. Maier war zu einem letzten Erpressungsversuch gekommen, fand aber kein Gehör mehr bei seiner früheren Geliebten, erschoß sie aus Wut hierüber und nahm sich dann selbst das Leben.

Wanzen erster Klasse. Ein hoher Beamter aus dem preußischen Eisenbahnministerium hatte kürzlich, wie wir seinerzeit mitteilten, vor der vierten Klasse mit der der Behauptung graulich zu machen versucht, dort gäbe es Läuse: er sei einmal in dieser Klasse gefahren — und da hatte er welche. — Der „Augsb. Abendztg." wird nun berichtet, daß ein Passagier, der den Schnellzug Frankfurt—München benutzte, in einem Coupé erster Klasse des Wagens Frankfurt—Verona nachts von Quälgeistern gepeinigt wurde, die in den Polstern der Sitze blutdürstig lauerten. Als er sich halb entkleidet und auf dem Sitze ausgestreckt hatte, fühlte er plötzlich ein Jucken am ganzen Körper; er drehte das Licht auf und sah zu seinem Schrecken und Ekel Hunderte von kleinen Wanzen, die bei dem aufflammenden Licht sich rasch davonmachten. Ihre Brutstätten waren, wie die nähere Untersuchung ergab, die Falten des Samtplüsches; auch unter den Knöpfen an den Arm- und Seitenlehnen fanden sich die ekelerregenden Tiere vor. Mit dem Schlafen war es vorbei. In München machte der Reisende von seinem Abenteuer Meldung; er vernahm, daß der ominöse Wagen Eigentum der kaiserlich königlichen Südbahn sei. Läuse in der vierten und Wanzen in der ersten Klasse! Es kommt also nur auf den persönlichen Geschmack des Fahrgastes an.

Zu der großen feudalen Spieleraffäre, die in Bayern Aufsehen erregt, schreibt neuerdings der „Bayer. Kurier": „Der Militärattaché der preußischen Gesandtschaft in München, Major Egmont v. Websky, ist Beteiligter an der mehrerwähnten Spieleraffäre. Major v. Websky hat im Verein mit dem Grafen Pocci, Grafen Max Emanuel Preysing und Freiherrn v. Griesenbeck das Glücksspiel betrieben, nicht im Adelsklub in der Salvatorstraße, auch nicht im Jungadelsklub, der seine Zusammenkünfte im „Bayerischen Hof" hat. Gespielt wurde vielmehr in der Wohnung des Freiherrn v. Griesenbeck. Da der Name des Majors, der mit den viel jüngeren Adligen hasardierte, nun bekannt ist, wird die Sache instanziell verfolgt werden. Dabei wird von der Militärbehörde nicht bloß die objektive Tatsache der Beteiligung des Herrn v. Websky im Glücksspiel, entgegen dem deklarierten Willen des Kaisers, zu untersuchen sein, sondern auch die subjektiven Umstände des Betriebs. Bei der Gelegenheit sei angefügt, daß die Wechsel des Grafen Preysing, die Freiherr v. Griesenbeck in Umlauf setzte, auf 73 000 Mark und 60 000 Mark, zusammen 133 000 Mark, gingen." Durch diese Enthüllungen werden den feudalen Herren, welche den kristallisierten Arbeiterschweiß verprassen, ihre noblen Passionen sicherlich nicht ausgetrieben, aber die Welt erhält wenigstens wieder einmal einen Einblick in das Leben und Treiben der „Erstklassigen".

Literarisches.

Von der **„Neuen Zeit"** (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 45. Heft des 24. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalte des Heftes heben wir hervor: Kolonialskandale. — Energie und Wirtschaft. Von Ant. Pannekoek. — Die Gewerkschaftsbewegung in Oesterreich. Von Heinrich Beer (Wien). — Wandlungen des Antisemitismus. Von Philipp Scheidemann. — Die Konkurrenzorganisationen der Gewerkschaften. Von August Winnig. — Die Dynastie Bernadotte auf dem Aussterbeetat. Von Wilhelm Jansson. — Partei und Religion. Von H. Salzmann. — Idealismus im Klassenkampf. Von J. Stern. — Literarische Rundschau: Konfiz Holm, Thomas Kerkhoven. Von E. Korn. Die „Neue Zeit" erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von 3,25 Mk. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pfennig. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Von der „Gleichheit", Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist uns soeben Nr. 16 des 16. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Aufruf des Parteivorstandes zum Parteitag. — Aufruf der Vertrauensperson der Genossinnen Deutschlands. — Ehe und Sittlichkeit. V. — Der proletarische Klassenkampf um die Volksbildung. Von Gerhard Hildebrand. — Mehr Wöchnerinnenschutz durch die Krankenkassen. Von Fr. Kleeis. — Frauenstimmrecht. Von a. br. — Lohn und Arbeitsbedingungen der Tabakarbeiterinnen in Elbing. Von W. Kähler. Sechster Kongreß der christlichen Gewerkschaften. — Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Halbjahresbericht der Vertrauensperson für Leipzig. — Erste Generalversammlung des Verbandes junger Arbeiter Deutschlands. — Politische Rundschau. Von G. L. — Genossenschaftliche Rundschau. Von Simon Katzenstein. — Notizenteil: Gewerkschaftliche Arbeiterinnenorganisation. — Dienstbotenfrage. — Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Frauenstimmrecht. — Feuilleton: Das Werdende. Von Franz Diederich. (Gedicht.) — Flammen. Von Lu Märten. — Lied eines Sklaven. — Von Sw. Czech. (Gedicht.) Für unsere Kinder: Spruch. Von Friedrich Bodenstedt. — Das Märchen von der guten Fee und dem blind-taubstummen Kinde. Von A. Fendrich. — John Maynard. Von Theodor Fontane (Gedicht.) — Der Storch und der Regenwurm. Von Karl Ewald. (Fortsetzung.) — Ri ra rutsch! Von Wilh. Popp. (Gedicht.) — Die geflickte Hose. Von Dr. Fr. W. Foerster. — Ein Held. Von Gustav Falke. (Gedicht.) Die „Gleichheit" erscheint alle vierzehn Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pfg., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pfg; unter Kreuzband 85 Pfg. Jahresabonnement 2,60 Mark.

„Sie haben recht, lassen Sie mich gleich anfangen, lieber Professor, und mich der Freude der Meinigen nicht länger entziehen, sie haben einen heiligen Anspruch auf meine Teilnahme und es wäre unverantwortlich, wenn ich das Glück, das mich so unverdient umfängt, nicht dankbar genießen wollte. Kommen Sie, Herr Professor!"

Damit ergriff sie den Arm des wackren Mannes und trat an seiner Seite mit einem zukunftsvollen Lächeln auf den Lippen in den Kreis der Glücklichen.

Ende.

Quittung.

Im Monat Juli gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:

Aachen, Sozialdem. Verein Aachen Land, Eupen 20 Proz. der Einnahmen 17.10 Mk. **Aachen**, Sozialdem. Verein Aachen-Stadt 2 Quartal 65 36. **Augsburg**. Sozialdem. Verein 10,—. **Groß-Berlin** à Konto seiner 8 Wahlkreise 10 000,—. **Berlin**, diverse Beiträge 996 85. **Butzbach** i. H., C. K. 3 10. **Brandenburg** a. H. Reichstagswahlkreis Brandenburg-Westhavell., Vierteljahresbeitrag 354,50. **Bielefeld**, von Genossenschaftlern am Hermannsdenkmal gesammelt 20,—. **Bielefeld-Wiedenbrück**, Sozialdem. Verein für den Wahlkreis, 2. Quartal 295 12. **Baden-Baden**, 8 badischer Wahlkreis, 1. u. 2. Quart. 06 5 72 **Bergheim-Euskirchen**, Sozialdem. Verein, 2 Quart. 16 04. **Bern** 50,—. **Bant** i. O., 2. oldenb. u. 2 hannov. Wahlkreis, 20 Proz. der Einnahme vom 3. Quart. 400,—. **Bromberg**, Sozialdem. Wahlverein, 1. u. 2. Quart. 06 16,06. **Beelitz**, durch Hoffmann 3,—. **Bochum**, Sozialdem. Verein für den Wahlkr. Bochum-Gelsenkirchen-Hattingen-Witten 888 31 **Blaubeuren** u. Laupheim, 15. württemb. Wahlkr. 2 96. **Beuthen** (Oberschlesien). v. d. Parteigenossen 5,—. **Breslau**, Sozialdem. Verein, 2. Quart. 745 60. **Chemnitz** 16. sächs. Reichstagswahlkreis 2000,—. **Cannstatt**, 2 württemb. Wahlkr. 1. u. 2. Quart. 06 329,04 **Celle**. 14. hannov. Wahlkr., 20 Proz. der Einnahmen im 2. Quart. 144,54 **Cassel**, Sozialdem. Verein für den Wahlkreis Cassel-Melsungen, 20 Proz. der Einnahmen 135 84. **Colmar** i. E. Halbjahresbeitrag 21 52 **Calw**, 7. württemb. Wahlkr. 54,96. **Chemnitz**. Brutus 1 50. **Crefeld**, Soziald. Volksverein, 2 Quart. 06 90,—. **Cottbus**, Soziald Kreisverein Cottbus-Spremberg 2. Rate 305,96. **Dessau**, Wahlkr. Dessau-Zerbst 35,—. **Düsseldorf**, Wahlkr. Quartalsbeitrag 228,86. **Dresden**, Sozialdem. Verein Dresden-Altstadt 1. Halbjahr 06 950,—. **Dortmund**, Sozialdem. Verein für den Wahlkr. 630,—. **Durlach**. 9. badischer Wahlkr. 100,—. **Erfurt**, Wahlkr. Erfurt-Schleusingen-Ziegenrück, Vierteljahresbeitrag 150,—. **Erlangen**, Sozialdem. Verein, 2. Quart. 06 10,—. **Essen** (Ruhr), Sozialdem. Verein, 2. Quart. 06 292,—. **Elberfeld-Barmen**, Sozialdem. Verein, 1. u. 2. Quart. 06 627 90. **Emden**, Sozialdem. Verein für den 1. hannov. Wahlkr., 2 Quart. 06 28 83 **Falkenberg** (Oberschlesien) 3,—. **Frankfurt** a. M., Wahlkr. 1500,—. **Flensburg**, 1. u. 2 schlesw.-holst. Wahlkreis 160 80 **Gebweiler** i. E., Wahlkr. 15 96. **Görlitz**, Rest vom 2 Quart 46 24. **Grünberg-Freistadt** i. Schl., Sozialdem Wahlverein 15 50. **Göttingen**, 12 hannov. Wahlkr., 1. Halbjahr 06 55,—. **Hamburg**, 1. Kreis 3000,—. **Hüls**, von Parteigenossen Beitrag f. 2. Quart. 2 50 **Hüttensteinach**, aus dem Bezirk Sonneberg 100.—. **Hanau-Gelnhausen-Orb**, Wahlkreis 1. Rate 06 200.—. **Hannover**, Wahlverein, Restbetrag für 1. Halbjahr 638 90. **Höchst-Usingen-Homburg**, Wahlkreis 420,—. **Husum** 45,78. **Hamburg**, im Monat Juli in der Expedition des „Hamb. Echo" eingegangen 81,55. **Jetzoick**, Sozialdem. Wahlverein Ueckermünde-Usedom-Wollin, 1 Quart. 1906 80,—. **Itzehoe**, Sozialdem. Zentralwahlverein d. 5. schlesw.-holst. Wahlkr. 172,50. **Kiel**, v. 7. schlesw.-holstein. Wahlkreis für die Rechnungsjahre 1905/06 1000,—. **Königsberg** i. Pr., Sozialdem. Verein, 2 Quart. 06 441,—. **K.**, Rückz. v. K. 200,—. **Kopenhagen**, deutscher Sozialdem. Verein „Vorwärts" 1. Rate 06 17,—. **Kulmbach**, Soziald. Verein f. d. Wahlkreis 50,—. **Kattowitz**, Soziald. Verein 5,—. **Kattowitz**, P. P. 5,—. **Köslin**, 20 Proz. der Einnahmen 12,02. **Konstanz**. Sozialdem. Verein f. d. 1. badischen Wahlkr., 2. Quart. 06 34 75 **Lübeck**, Sozialdemokratischer Verein, 2 Quartal 06 400,—. **Luckenwalde**, Rufus 5,—. **Liegnitz**, Sozialdem. Wahlverein Liegnitz-Goldberg-Haynau 1. Halbjahr 06 46 70. **Langenbielauer** Agitationsbezirk 372 57. **Mannheim**, Sozialdem. Verein f. d. 11. badischen Wahlkreis, 2. Quart. 06 500.— **Mülheim** a. Rh., Volksverein f. d. Wahlkr. Mülh.-Wipperfürth-Gummersbach, 2 Quart. 06 136 30 **München**, Waldläufer, Mai—Juni 10.—. **Neuwied**, Sozialdem. Verein 4 92. **Nordhausen**, Sozialdem. Verein, 2 Quart. 06 60,—. **Nürnberg**, S. 3,—. **Neustadt** (Oberschl.), v. d. Parteigen. 13,40. **Oldenburg**, Sozialdem. Wahlverein f. d. 1. oldenb. Wahlkr., 2. Quart. 06 52 80. **Potsdam-Spandau-Westhavell.**, Sozialdem. Kreiswahlverein 212.— **Quedlinburg-Aschersleben-Calbe** Wahlkreis, April—Juni 90 50. **Rudolstadt**, Wahlkreis, Jahresbeitrag, 153 26. **Recklinghausen**, Soziald. Verein f. d. Wahlkr., 1. Halbjahr 06 129,46 **Randow-Greifenhagen**, Wahlkreis, 150.— **Rawitsch-Gostin**, Wahlver. 6 80. **Ronsdorf**, Wahlkreis Ronsdorf-Lennep-Remscheid-Mettmann, April Juni 265 12. **Stettin**, Jahresbeitrag des Wahlvereins 300.— Desgleichen f. 2 Quart. 06 131 32. **Schweinfurt**, Sozialdem. Verein 10,—. **Soest**, Sozialdem. Verein f. Hamm-Soest, 2 Quart. 06 78,—. **Schönlank**, Beitrag des Wahlvereins 2 60 **Salzungen**, Wahlk. Meiningen-Hildburghausen März-Juni 28,86. **Schkeuditz**, Sozialdemokr. Verein f. Merseburg-Querfurt, 1. u. 2. Quart. 06 111,60. **Stendal-Osterburg**, Wahlverein des Kreises 19,16. **Stuttgart**, G. U. 10,—. **Solingen**, v. Komitee, 2 Quart. 200,—. **Schleswig**, 3. schlesw.-holstein. Wahlkreis 41,71. **Stettiner** Rest für Parteifonds durch H. F. in Pforzheim 7,—. **Trier**, Sozialdem. Verein, 2 Quart. 06 23,84. Vorwärts-Buchhandlung 23 000 —. „Vorwärts", 2. Quart. 06 62 235 15 **Wurzen**, 11. sächsischer Wahlkreis. Sozialdem. Volksverein 300 — **Wittich**, Beitrag f. 2 Quartal 3,—. **Zwickau** und Umgegend, Teilbetrag des 18. sächsischen Wahlkreises 320 —. Zurückgezahlte Reichstagsdiäten 1159,50.

Berlin, 1. August 1906.

Für den Parteivorstand:
A. Gerisch, Lindenstraße 69.

Standesamtliche Nachrichten

vom 29. bis 4. August 1906.

Geburten.

a) Knaben: Name und Beruf des Vaters.

23 Juli. Schuhmacher P. E. J. P. Heinrich. Maler C. A. Heinsohn. 24. Barbier und Friseur J. H. W. Niemann. Ingenieur A. G. W. Steuer. 25. Schankwirt C. J. J. H. Wessel. 26. Bootsbauer K. F. E. Lorenz. Arbeiter P. H. Scheiler. 27. Maschinenschlosser A. C. H. Wichmann Bauunternehmer A. C. A. W. Lau. Arbeiter W. J. H. F. Bold. Arbeiter J. H. W. Dierk. Kesselschmied F. W. Kiser. Arbeiter H. J. J. Johannsen. 28. Schlachter C. G. Rypl. Arbeiter J. E. C. Köpke. 29. Musiker J. H. M. Habenbecker. Arbeiter J. W. C. Wendel. Tischler A. F. W. Heitmann. 30. Zimmermann E. O. Pötzsch. Arbeiter J. H. C. Reinke. Arbeiter W. J. F. Jürgens. Lithograph E. A. R. Groth. Arbeiter J. C. J. A. Schaeper. 31. Bonbonkocher A. F. P. Dose. Steindrucker E. P. F. Hackert. 1. August. Kaufmann C. G. H. Schreiber. 2. Konsul und Kaufmann C. F. W. Tesdorpf. Arbeiter A. H. H. Tack. 3. Eisendreher J. J. Chr. Drenkhan. 4. Schlosser H. F. Draguhn.

b) Mädchen: Name und Beruf des Vaters.

22. Bierkutscher J. Chr. F. Pagel. 25. Arbeiter P. H. J. Bencke. 26. Tischler C. A. Eulenberger. Arbeiter J. H. F. Ohlsen. Arbeiter H. L. F. Haems. 27. Arbeiter J. W. Schwartz. Schuhmacher J. H. W. Behnke. 28. Arbeiter J. C. H. Humberg. Arbeiter H. J. D. Schäfer. Schlachter Chr. K. B. Thiem. Bauunternehmer F. A. Schulze. Kaufmann H. L. C. Haack. Kutscher F. Chr. H. Jürs. 29. Lehrer H. J. C. Holst. Fischer J. H. J. Jacobsen (Gothmund). 30. Maschinenarbeiter W. H. C. Hermann. Brothändler F. K. M. Lorenz. Schneider H. J. F. W. Widow. Schmied F. A. Rockstien. 31. Arbeiter H. Chr. H. Wodtke. Handlungsgehilfe L. D. Schlotfeldt. Erbpächter F. Meyer (Krempelsdorf). Kaufmann M. K. W. Schiemann. Arbeiter W. F. B. Hilmer. Zimmermann A. W. H. Kähler. 1. August. 1. Tischler J. H. F. gen. G. Pantelmann. 2. Nieter M. Narozny.

Sterbefälle.

28. Juli. O. E. H. Westphal, 2 M. T. M. F. Kutschke, 3½ M. P. E. W. Jacob, 12 J. Maurer H. J. H. Gehrken, 24 J. 29. H. H. J. F. Spies, 5½ M. 30. E. M. Arppe, 3 M. H. A. M. S. Sterly, 9 M. Ein Mädchen, 10 Min., V.: Schneider H. J. F. W. Wiedow. E. M. C. geb. Runge, Ehefrau des Fischermeisters J. P. Ahrendt, 44 J. A. W. E. Otto, 3 M. 31. Arbeiter W. H. A. Westphal, 40 J. K. J. E. Brincker, 5 M. 1. August. P. M. Arppe, 3 M. H. R. K. Prüss, 6 M. H. K. A. H. Burmester, 4 M. A. M. E. D. geb. Lauck, Ehefrau des Schmieds F. H. Chr. Bruse, 67 J. T. H. L. Börck, 1 M. J. E. E. geb. Spahrbier, Ehefrau des Kanzlisten J. H. W. Meetz, 33 J. E. M. D. geb. Müller, Witwe des Rentiers H. Chr. Hildebrandt, 91 J. 2. M. geb. Sanneck, Ehefrau des Arbeiters C. W. C. Berg, 21 J. F. K. H. G. Steger gen. Oldenburg 4½ M. O. Bibow, 7 M. Architekt und Zimmermeister F. W. Schwartzkopf, 67 J. Privatier F. J. C. Wessel, 71 J. Arbeiter W. F. Meier, 36 J. 3. F. H. F. geb. Quellmann, Ehefrau des Boten der Spar- und Anleihe-Kasse G. H. A. Meyenn. 67 J. A. K. W. Wahls, 4 M. H. C. geb. Bergling, Witwe des Arbeiters C. S. L. Jahncke, 78 J. Arbeiter H. F. T. Dietz, 51 J. C. S. F. J. Kunze, 70 J. 4. Ein totgeb. Mädchen, V.: Arbeiter G. J. H. Suhl. O. H. P. W. Roden, 2½ M.

Angeordnete Aufgebote.

30. Juli. Diplomingenieur T. M. Hausmann in Hamburg und M. M. L. Ch. Holtzermann. Bäcker G. M. J. Wendt und M. B. Möller in Pansdorf. Klempner E. Hurst in Hamburg und E. Ch. M. Schlicht in Wandsbeck. Maurer F. C. Labinschus und C. Ch. M. geschiedene Graening geb. Drews. 21. Versicherungsbeamter J. C. W. M. Böhme und E. M. H. Burow in Wismar. 1. August. Straßenreiniger C. H. T. Bohse in Hamburg und E. M. J. Reimers. Magazinverwalter J. H. H. Clasen und Witwe Ch. M. D. Düker geb. Mustin. 2. Zimmermann C. F. J. Fick in Stockelsdorf und A. F. C. genannt M. Schnerke. Buchhalter H. W. Möller und E. D. Ch. Blöcker. Ober-Postpraktikant W. G. Runge und Ch. J. J. M. Polack in Eberswalde. 3. Schiffskapitän O. A. F. Köger und M. K. Christiansen, beide in Altona. Arbeiter W. J. H. Wiechmann und A. L. A. Drewes. Kaufmann H. L. C. Warkentin und D. D. Hellriegel in Dahmsdorf. 4. Organist W. E. F. Petersen in Wiesbaden und E. R. M. C. Meyer. Arbeiter C. L. W. Frehse und A. M. Sawitzki. Hülsshoboist A. J. H. Postel und B. D. H. Hartig. Arbeiter H. H. W. Kurwig und M. E. C. Diestel.

Eheschließungen.

31. Juli. Buchhalter H. J. B. Moll und G. J. E. H. Schlägel. Materialienverwalter F. W. M. Bauer und Witwe M. H. W. G. Bauer geb. Wellbrock. 2. August. Arbeiter Kasimir Winkler und geschiedene H. W. Ch. J. H. Off geb. Myrau. Clark C. T. Kruse und Witwe C. D. Struck geb. Martens. 3. Glaser G. M. J. Dahl und O. J. M. Diercks. Geschäftsreisender A. L. Ch. Dube in Wismar und A. B. C. Linsen. 4. Schmied F. A. Liss und E. C. M. Nupnau. Bergmann K. A. Richter in Altstaden und A. M. E. Schröger. Maschinenbauer A. Tropf und F. M. M. Manthei. Arbeiter O. J. Ch. Bohnsack und M. L. Ch. Freytag. Kutscher J. H. Piepjunge und B. C. Krützfeldt.

Verantwortlicher Redakteur: Johs. Stelling. — Verleger: Theodor Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämtlich in Lübeck.